

Stenographisches Protokoll.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Freitag, den 9. Dezember 1921.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (638 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz über die Konsulargebühren (Konsulargebührennovelle 1921) (641 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (594 der Beilagen), betreffend das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Urlaubserteilungen (Seite 2443).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend das Ansuchen des Disziplinarrates der niederösterreichischen Rechtsanwaltskammer um Zustimmung zur disziplinaren Verfolgung des Abgeordneten Dr. Friedrich Wanek (Seite 2443) — Zuweisung an den Verfassungsausschuß (Seite 2443).

Beschriß des Bundeskanzleramtes,

Betreffend den Besluß des Bundesrates vom 2. Dezember d. J. auf Einspruch gegen den Gesetzesbesluß des Nationalrates vom 10. November d. J. über die Änderung des Schulaufsichtsgesetzes für Niederösterreich (646 der Beilagen [Seite 2443]).

Beschriß der Bundesregierung,

Betreffend den Gesetzentwurf über die Festsetzung außerordentlicher Teuerungszuschläge für die Bundes-

angestellten (647 der Beilagen [Seite 2443]) — Zuweisung an den Verfassungsausschuß (Seite 2472).

Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (638 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz über die Konsulargebühren (Konsulargebührennovelle 1921) (641 der Beilagen) — Redner: Verichterstatter Dr. Michael Mayr (Seite 2443) — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung (Seite 2444).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (594 der Beilagen), betreffend das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1922 (628 der Beilagen) — Generaldebatte — Redner: Generalberichterstatter Heirl (Seite 2445 und 2472), Bundesminister für Finanzen Dr. Görtler (Seite 2447), die Abgeordneten Dr. Ellenhogen (Seite 2448), Dr. Straßner (Seite 2454), Trsja (Seite 2460), Schönwohl (Seite 2464), Czernin (Seite 2466), Lanner (Seite 2470).

2442 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Antrag

der Abgeordneten Kraft, Clessin, Dr. Angerer und Genossen, betreffend Ausgleichung von Steuerhärten für Dienstnehmer mit Nebeneinkünften (648 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Otto Mayr, Niedrist, Neuhöfer und Genossen an das Bundesministerium

für Verkehrsweisen, betreffend die Einstellung der Postfahrten in den Gebirgstälern (Anhang I, 237/I);

2. des Abgeordneten Dr. Wanek und Genossen an den Bundesminister für Verkehrsweisen wegen sofortiger Neuherstellung der fehlerhaften Ausgabe des Verzeichnisses der Teilnehmer- und öffentlichen Sprechstellen des Fernsprechnetzes in Wien und wegen Beseitigung der Unzulänglichkeiten im Fernsprechverkehr in Wien (Anhang I, 238/I).

Zur Verteilung gelangen am 9. Dezember 1921:

die Regierungsvorlagen 643 und 646 der Beilagen;

die Anfragebeantwortungen 87, 88, 89 und 90;

der Bericht des land- und forstwirtschaftlichen Ausschusses 642 der Beilagen;

die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses 628/XI, 628/XII, 628/XV, 628/XVII und 628/XVIII, 644 der Beilagen;

die Anträge 639, 640 und 645 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Weiskirchner,
zweiter Präsident Seith, dritter Präsident
Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Seifer, Bösch.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres: Schöber.

Bizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus: Breisky.

Bundesminister: Dr. Waber für Inneres und Unterricht, Dr. Gürller für Finanzen, Dr. Pauter für soziale Verwaltung, Dr. Grüninger für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und Leiter des Bundesministeriums für Volksnahrung, Dr. Hennet für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Rodler für Verkehrsweisen, Wächter für Heereswesen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 2. Dezember ist in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder aufgelegt, unbeantwortet geblieben, und gilt daher als genehmigt.

Dem Herrn Abgeordneten Geyer habe ich einen Urlaub von 14 Tagen, dem Herrn Abgeordneten Zauner einen Urlaub in der Dauer von vier Wochen bewilligt.

Der Disziplinarrat der niederösterreichischen Rechtsanwaltskammer ersucht um Zustimmung zur disziplinären Verfolgung des Herrn Abgeordneten Dr. Friedrich Wanek.

Ich werde diese Zuschrift dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Es ist eine Zuschrift des Bundeskanzleramtes eingelangt, mit der der Beschluss des Bundesrates vom 2. Dezember d. J. auf Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. November d. J. über die Änderung des Schulaufsichtsgesetzes für Niederösterreich (646 der Beilagen) übermittelt wird.

Diese Zuschrift wurde in Druck gelegt und verteilt und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es ist ferner eine Zuschrift eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage der Bundesregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift.

Schriftführer Seifer (*liest*):

„Das Bundeskanzleramt beeckt sich, namens der Bundesregierung in der Anlage den Entwurf eines Verfassungsgesetzes über die Festsetzung außerordentlicher Teuerungsabschläge für die Bundesangestellten samt „Erläuternden Bemerkungen“ (647 der Beilagen) mit dem Erfuchen zu übermitteln, diese Regierungsvorlage ehestens der parlamentarischen Behandlung zuführen zu wollen.“

Wien, 7. Dezember 1921.

Schöber.“

Präsident: Diese Vorlage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Punkt ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (638 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz über die Konsulargebühren (Konsulargebührennovelle 1921) (641 der Beilagen).

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Michael Mayr als Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Michael Mayr: Hohes Haus! Das gegenwärtig noch in Geltung stehende Gesetz über die Konsulargebühren datiert vom 26. November 1919 und trägt nur einen provisorischen Charakter, weil die Dauer der Wirksamkeit dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember L. J. begrenzt ist. Das ist auch der Grund, weshalb sich der hohe Nationalrat jetzt in dringlicher Weise mit der Erneuerung dieses Gesetzes zu beschäftigen hat. Wir brauchen neue gesetzliche Maßnahmen und dem soll der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung tragen. Die Bundesregierung konnte in eine systematische Neubearbeitung des ganzen Konsulargebührentarifes nicht eingehen, weil noch eine größere Praxis notwendig ist, um die genügende Erfahrung für eine solche systematische Neubearbeitung zu haben. Die wenigen

2444

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

wesentlichen Änderungen, welche der Gesetzentwurf gegenüber dem geltenden Gesetze enthält, beziehen sich ausschließlich auf die Aufnahme der Beschlüsse der im Oktober 1920 in Paris stattgefundenen Verkehrs-, Pass- und Zollkonferenz und sie betreffen hauptsächlich drei wesentliche Fragen: die Regelung des Passgebührenwesens im Sinne der Pariser Beschlüsse, dann die Erhöhung der nicht in Prozenten des Wertes festgesetzten Konsulargebühren hinsichtlich der außereuropäischen Staaten und schließlich die Ermächtigung, in besonders berücksichtigungswürdigen Einzelfällen die Konsulargebühr selbstständig auf die Hälfte des vorgeschriebenen Ausmaßes zu ermäßigen.

Bezüglich der Einzelheiten dieser drei skizzierten Fragen verweise ich auf die Begründung, welche die Regierung ihren Vorlage beigegeben hat, und auf die Pariser Konferenzbeschlüsse, denen unsere Regierung grundsätzlich zugestimmt und bezüglich deren die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen sie sich bereit erklärt hat. Der vorliegende Gesetzentwurf hat sich infolgedessen den Vorschriften der Pariser Beschlüsse bezüglich der Passgebühren vollständig angepaßt. Was nun die Höhe dieser Gebühren anbelangt, so wurde, wie bisher schon, auch jetzt der Grundsatz festgehalten, daß die Höhe der Gebühren durch die allfällige Entwertung der Zahlungswährung nicht beeinflußt werde. Nur die Erhöhung gewisser Konsulargebühren in überseelischen Ländern wird vorgesehen, weil es sich da in erster Linie nur um wenige Konsulate handelt, die wir in überseelischen Ländern haben, weil ferner in diesen Staaten eine hochwertige Baluta vorhanden ist und weil auch die Erhaltungskosten unserer außereuropäischen Konsulärämter eine solche Maßnahme erfordern.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Beratung dieses Gesetzentwurfs der Begründung, welche von der Regierung gegeben worden ist, vollauf zugestimmt und nur die Forderung erhoben, daß die Verordnung, welche auf Grund des § 1, Punkt IV, bezüglich der Berücksichtigung Minderbemittelter erlassen werden kann, zweckentsprechend gehalten und daß auch ihre volle Beachtung gesichert werde.

Ich habe sonst nichts Wesentliches hinzuzufügen und bitte um die Annahme des Gesetzes.

Präsident: Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich mir eine Debatte über den Gesetzentwurf durchführen. (Nach einer Pause:) Es erfolgt kein Widerspruch.

Meldet sich jemand zum Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort, wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die §§ 1 bis einschließlich 11, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Niemals ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. Michael Mayr: Ich beantrage die sofortige Vorannahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Referent beantragt die sofortige Vorannahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem formalen Antrage zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der sofortigen Vorannahme der dritten Lesung zugestimmt.

Wünscht jemand zur dritten Lesung das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Ich bitte daher diejenigen Damen und Herren, die das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das Bundesgesetz über die Konsulargebühren (Konsulargebührennovelle 1921) (gleichlautend mit 641 der Beilagen) ist auch in dritter Lesung angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (594 der Beilagen), betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Auf Grund der mit den Parteien in der Obmännerkonferenz getroffenen Vereinbarung beabsichtige ich, die Budgetberatung in der Weise durchzuführen, daß jetzt die Generaldebatte stattfindet und sodann, wenn das hohe Haus das Eingehen in die Spezialdebatte beschließt, dieselbe in folgenden zehn Abschnitten erfolgt:

1. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen:

- I. „Oberste Volksorgane“,
- II. „Gerichte öffentlichen Rechtes“,
- III. „Rechnungshof“,
- VII. „Bundeskanzleramt“,
- XIV. „Äußeres“,
- XX. „Staatsvertrag von Saint-Germain“,
- XXI. „Burgenland“.

2. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe VIII: „Inneres“, „Unterricht“, „Kultus“.

3. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe IX: Justiz.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2445

4. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen:

- XV. „Heereswesen“,
- XIX. „Übergangsmaßnahmen“.

5. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen:

- XI. „Land- und Forstwirtschaft“,
- XVI. „Volksernährung“.

6. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen:

XII. „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“,

- XVIII. „Sozialisierung“.

7. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe XIII: „Soziale Verwaltung“.

8. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe XVII: „Verkehrswesen“.

9. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen:

- IV. „Staatschuld“,
- V. „Überweisungen“,
- VI. „Pensionen“,
- X. „Finanzen“.

10. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend das „Bundesfinanzgesetz“.

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, ich werde daher in diesem Sinne die Debatte über den Staatsvoranschlag durchführen.

Ich lade den Herrn Generalberichterstatter Abgeordneten Heinzl ein, die Verhandlung einzuleiten.

Generalberichterstatter Heinzl: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, namens des Finanz- und Budgetausschusses, über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1922 zu berichten. Mein diesbezüglicher schriftlicher Bericht wurde den Herren bereits übermittelt, daher kann ich mich in der Angelegenheit selbst sehr kurz fassen.

Vor allem anderen möchte ich mit einer gewissen Genugtuung konstatieren, daß es uns gelungen ist, vor der Beendigung des laufenden Budgetjahres den Voranschlag für das Jahr 1922 fertigzustellen, eine Tatsache, die wir in diesem Hause schon seit längerer Zeit nicht mehr erlebt haben. Wir haben aber nicht nur das Budget rechtzeitig fertiggestellt, sondern wir können mit Zug und Recht behaupten, daß wir alles versucht haben, um den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen. Wir waren bemüht, das Defizit möglichst herabzudrücken. Entsprechend den Intentionen des Herrn Finanzministers wollen wir aber weiters versuchen,

in den paar Wochen, die uns noch zur Verfügung stehen, die Einnahmen des Bundes um einen wesentlichen Betrag zu erhöhen und so dem Defizit noch weiterhin beizukommen. Ich erbitte mir gleichzeitig die Ermächtigung, daß wir alle Vorlagen über neue Einnahmsquellen des Bundes, über die in diesem hohen Hause in den nächsten Tagen Beschlüß gefaßt wird, bei der Beratung des Kapitels Finanzen noch berücksichtigen können, um dadurch abermals das Defizit um einen wesentlichen Betrag herunterzudrücken.

Der Finanz- und Budgetausschuß war aber nicht nur bemüht, die Einnahmen zu erhöhen, sondern auch die Ausgaben nach Möglichkeit herabzusetzen. Er hat das Budget nicht nur im großen und ganzen beraten, sondern er ist auch in die Detailberatungen eingegangen, er hat sich mit den kleinsten Ansätzen des Voranschlages befaßt und es ist uns so gelungen, nach Möglichkeit Ordnung in den Bundeshaushalt zu bringen. Wir haben aber durch diese Arbeit gleichzeitig jedem einzelnen Staatsfunktionär, von dem höchsten bis zum niederen, eine Mahnung gegeben, daß wir in unserer tristen finanziellen Lage vor allem anderen bemüht sein müssen, zu sparen, zu sparen und zu sparen. Daß unsere Arbeit durch den Umstand sehr behindert wurde, daß es seit dem Bestande der Republik nicht gelungen ist, einen Rechnungsabschluß zu bekommen, wurde von dieser Stelle aus schon oft und oft betriktelt und auch ich kann es nicht unterlassen, bei dieser Beratung an den Obersten Rechnungshof eindringlich die Mahnung zu richten, daß er endlich einmal dem hohen Hause einen Rechnungsabschluß in Vorschlag bringe. Die Säumigkeit verschiedener Rechnungsdepartements ist keine genügende Ausrede. (Sehr richtig!)

Wir haben die Bundesausgaben insgesamt um $10\frac{1}{2}$ Milliarden verringert und die Einnahmen um rund 116 Milliarden erhöht. Wenn wir die einzelnen Kapitel und Gruppen in Betracht ziehen, so sehen wir, daß vor allem anderen die Bundesausgaben beim Kapitel 5, Leistungen an die Länder und Gemeinden, um rund 3 Milliarden erhöht worden sind. Von diesen 3 Milliarden entfallen ungefähr 900 Millionen auf die Erhöhung der Alkoholsteuer, 11 Milliarden beträgt der erhöhte Anteil an der Grundsteuer und 800 Millionen der erhöhte Anteil an der allgemeinen Erbsteuer.

Im Bundeskanzleramte haben wir ein Mindererfordernis von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen dadurch bewirkt, daß wir die Wiederaufbaukommission und auch das Liquidierungsinpektorat gestrichen haben, weil wir gefunden haben, daß diese beiden Institutionen eigentlich kein entsprechendes Betätigungs-feld in der letzten Zeit gehabt haben. Es wurden die Bundeseinnahmen beim Bundeskanzleramte um

2446

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

44 Millionen erhöht, und zwar infolge des erhöhten Preises für die amtlichen Zeitungen und für die Korrespondenzen.

Beim Kapitel 8 bis 12, Inneres und Unterricht, Kunst und Kultus, sehen wir eine Erhöhung der Bundeseinnahmen um 83 Millionen, was auf die erhöhten Passagiergebühren zurückzuführen ist.

Bei dem Kapitel „Finanzen“ sehen wir einen Mehrertrag von 75 Milliarden, welcher dadurch zustande gekommen ist, daß wir in den letzten Wochen sieberhaft bemüht waren, die Bundeseinnahmen zu erhöhen. Wir haben bezüglich der Grundsteuer, der Erbsteuer und auch der Personaleinkommensteuer gewisse Erhöhungen durchgeführt und auch die Monopole des Staates um ein beträchtliches erhöht. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel das Tabakmonopol einen Mehrertrag von 29 Milliarden abwerfen wird (*Hört! Hört!*), und wie wir sehen, haben diese Erhöhungen bisher noch keine Beeinträchtigung des Verbrauches herbeigeführt; im Gegenteil, nach den Berichten, die wir von der Monopolverwaltung bekommen haben, werden die Tabakkonflikte nach wie vor sehr leicht abgesetzt.

Wir haben bei Kapitel 19—20, Land- und Forstwirtschaft eine Mehreinnahme von 478 Millionen, einen Betrag, der auf die erhöhten Eingänge aus der Forstverwaltung zurückzuführen ist.

Bei der sozialen Verwaltung sehen wir eine Erhöhung der Ausgaben um 85 Millionen. Sie ist darauf zurückzuführen, daß der Betrag von 50 Millionen zur Bekämpfung der Trunksucht, der seinerzeit bei Beratung der Getränkesteuer hier im hohen Hause festgesetzt wurde, nunmehr in das Budget eingestellt wurde. Durch diese Erhöhung ist natürlich eine weitere Belastung des Bundesvoranschlags nicht eingetreten. Was die Bundeseinnahmen bei der Sozialen Verwaltung anbelangt, die 46 Millionen betragen, so wurde ein Betrag von 40 Millionen als Ertrag der sogenannten Wohlfahrtsmarken und 6 Millionen als erhöhte Leistungen bei den Bundesheilstätten eingestellt.

Bei Kapitel 27, Heeresweisen, sind die Ausgaben um 10 Millionen verringert und die Einnahmen um 12 Millionen erhöht worden. Diese Posten betreffen die Verringerung der Ausgaben und die Erhöhung der Einnahmen beim Sprengmittelmonopol.

Bei Kapitel 28, Volkernährung, sehen wir einen Abstrich von 41 Milliarden. Wie sich die Damen und Herren erinnern dürften, haben wir seinerzeit für die sogenannten Lebensmittelzuschüsse einen Betrag von 83 Milliarden ins Budget eingestellt. Da wir nun im Finanz- und Budgetausschuß der Meinung waren, daß in der nächsten Zeit in diesem Belange vom hohen Hause Beschlüsse gefaßt werden dürften, haben wir uns veranlaßt gesehen, diesen Betrag um die Hälfte zu kürzen.

Über diese Angelegenheit wird selbstverständlich noch hier im hohen Hause eingehend gesprochen werden müssen, wir glauben aber mit einem Betrage von 41 Milliarden für den Fall des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse reichlich das Auslangen zu finden. Dieser Betrag von 41 Milliarden würde dann genügen, die durch den Abbau der Lebensmittelzuschüsse notwendige Erhöhung der Beamtengehalte und verschiedene Fürsorgemaßnahmen zu decken.

Bei Eisenbahnen, Post, Telegraph und Fernsprechern wurden entsprechend den Beschlüssen über den Personalaufwand sowohl bei den Ausgaben Erhöhungen vorgenommen als auch ein Mehrbetrag von rund 40 Milliarden bei beiden Gruppen eingestellt, der den erhöhten Tarifen für Eisenbahnen, Fernsprecher und Telegraphen entspricht.

Bei den Übergangsmaßnahmen sehen wir die Ausgaben um 17 Milliarden erhöht. Dieser Betrag ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es eben, solange das Bundesfinanzgesetz im hohen Hause nicht in Beratung gezogen wurde, notwendig erscheint, den verschiedenen Gebietskörperschaften Darlehen zu gewähren.

Insgesamt ergibt sich also eine Zusammensetzung der Bundesausgaben von 347 Milliarden. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 209 Milliarden. In der Budgetperiode 1920/21 betragen die Ausgaben 70 Milliarden, die Einnahmen 30 Milliarden. Wir haben also damals nicht ganz die Hälfte der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt gehabt. Im heutigen Budget, in dem die Ausgaben 347 und die Einnahmen 209 Milliarden betragen, haben wir aber zwei Drittel unserer Ausgaben bereits gedeckt; gewiß ein außerordentlich erfreulicher Fortschritt.

Durch die bereits vom Herrn Finanzminister angekündigte Vorlage, betreffend weitere Einnahmerhöhungen, wird das Defizit eine weitere Verringerung erfahren und wenn es uns schließlich gelingt, die größte Defizitpost, das sind die Lebensmittelzuschüsse, abzubauen, so können wir mit Zug und Recht behaupten, daß der Bundeshaushalt in Ordnung gebracht wurde.

Feierlich muß hier festgestellt werden, daß wir unsere den Völkerbunddelegierten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen restlos erfüllt haben und daß es nun endlich an der Zeit wäre, daß uns auch die hohen Mächte endlich von jener drückenden Last, die uns der Friedensvertrag von Saint-Germain auferlegt hat, die Generalversandrechte, befreien. Zu diesem Sinne, hohes Haus, bitte ich, in die Spezialdebatte einzugehen. (*Beifall.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich ertheile ihm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Güriller**:
 Hohes Haus! Als wir im Budgetausschusse die nicht gegrißte, sondern errechnete Post von 100 Milliarden Kronen als ein eigenes Kapitel einzusetzen, habe ich mir damals zu sagen erlaubt, daß ich von einer Hoffnungspost spreche und daß in dieser Post gewissermaßen das Vertrauen in unsere eigene Zukunft zum Ausdrucke kommen soll. Ich bin als arger Optimist in diesem Staate verschrien, aber wenn ich den heutigen Querszettel in die Hand nehme, so habe ich doch den Eindruck, als ob mein Optimismus vielleicht nicht so ganz ungerechtfertigt wäre, sicher dann nicht ungerechtfertigt sein wird, wenn in diesem Staate zwei Dinge widerkehren, die wir so schmerzlich vermissen; Selbstvertrauen und Selbstbesinnung. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*) Es nützt nichts, daß wir immer in der Welt herumgehen und um Hilfe bitteln. Das erwirkt keinen guten Eindruck, das erweckt nur den Eindruck der Schwäche. Man muß einmal erkennen, daß wir alle miteinander ernstlich gewillt sind, uns auf eigene Füße zu stellen und daß das in Österreich so oft missbrauchte Wort des Patriotismus in dem Sinne Wahrheit werde, daß mit jener verbrecherischen Tendenz gebrochen wird, daß der einzelne sein Schicksal von dem des Staates loslösen will. Ein guter Bürger dieses Staates, ein guter Freund dieser Republik ist nur derjenige, der den Willen hat, mit diesem Staate zu leben und zu sterben, der aber alles daran setzt, daß er mit diesem Staate nicht sterbe, sondern mit diesem Staate lebe. (*Beifall.*)

Der Budgetausschuss hat in der Richtung des Lebenswollens dieses Staates sehr Erfreuliches geleistet und wenn oft an mich die Frage gestellt wurde, ob es nicht gut sei, ein Gesetz zum Schutze der Republik einzubringen und durchzuführen, so sage ich mir, die besten Gesetze zum Schutze der demokratischen Republik sind diejenigen, die der Verelendung unseres Staates ein Ende machen und die unsere Wirtschaft auf eigene Beine stellen. Und alles, was in dieser Richtung geschieht, alles, was die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Staates festigt, das ist geeignet, die demokratische Republik gegen jene subversiven Elemente zu sichern, die von rechts oder von links mit gleicher Verwerflichkeit gegen die Grundfesten unseres Staates vorzugehen sich erfrechen. Man versucht ja nach altgewohnter, liebgewordener Methode nicht nur die Maßregeln zu bekämpfen, die ergripen werden, um diese Republik auf festem Boden zu stellen. Wo man sachlich nicht mehr argumentieren kann, geht man zu persönlichen Verdächtigungen jener Personen über, die man gewissermaßen als die Träger dieser Maßregeln ansieht. Ein solches Vorgehen ist viel zu niedrig, als daß man sich damit des weiteren befassen dürfte, und ich glaube, daß nicht ein einziges Mitglied in diesem hohen Hause sitzt, das diesen lächerlichen und

erslogenen Behauptungen irgend eine Bedeutung beizumessen würde. Denn Sie müßten sich ja sonst schämen, mir Gefolgschaft zu leisten bei den Aktionen, die ich unternehme, um diesen Staat zu retten, und wo ich ausnahmslos, wenn es sich um das gesamtstaatliche Interesse handelt, Verständnis gefunden habe. (*Beifall.*) Dies stelle ich hier unbedingt fest.

Sehen Sie, hohes Haus, mit welcher Beflissenheit man in gewissen Kreisen an allen Dingen vorübergeht, die geeignet wären, dieses Zutrauen zu befestigen. Dafür habe ich eine Tatsache. Es ist bekannt — und ich habe dafür gesorgt, daß es bekannt wird — daß in der Berichtsperiode der Österreichisch-ungarischen Bank vom 23. bis zum letzten November dieser Staat nicht eine einzige Banknote gedruckt hat. (*Beifall.*) Es sind Banknoten gedruckt worden, weil der Privatverkehr und andere geldbedürftige Menschen die Österreichisch-ungarische Bank in Anspruch genommen haben, aber mir ist es möglich gewesen — und ich sage, ich rede nicht von zukünftigen Zeiten, sondern ich stelle fest, was in der Vergangenheit war — mir ist es in der letzten Berichtsperiode des Monates November tatsächlich möglich gewesen, die Österreichisch-ungarische Bank nicht in Anspruch zu nehmen. (*Beifall.*) Von dieser so erfreulichen Tatsache unseres wirtschaftlichen Lebens hat man jedoch verhältnismäßig wenig gehört, aber alles, was Anlaß bietet, unsere Verhältnisse ungünstiger erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich sind, wird liebevoll gehegt, hervorgehoben und zur Grundlage neuer Haussbewegungen gemacht.

Ein Staat, dessen überwiegende Bevölkerung auf die Basis der eigenen Währung spekuliert, der müßte zugrunde gehen, aber ich glaube, so ist es nicht. Wir unterliegen hier einem Fehleindruck, indem alle diejenigen, die sich bemühen, diesen Staat durch ehrliche, intensive Arbeit wieder auf die Beine zu stellen, in der Stille wirken und in der Stille leisten und laut auf den Markt nur diejenigen heraustreten, die es nicht mit der stillen, ehrlichen Arbeit halten, sondern die versuchen, aus dem Elend dieses Staates für sich Kapital zu schlagen. (*So ist es!*) Und die Arbeit, die in den Ausschüssen dieses Hauses in den letzten Wochen geleistet wurde, zeigt ein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse dieses verelndeten Staates, der doch unser aller Heimat ist; welcher Parteirichtung wir auch angehören, Österreicher sind wir schließlich alle, darüber müssen wir uns doch alle einig sein und es wird schon einmal der Moment kommen, wo Fragen auftauchen werden, bei denen es in diesem Staat nur Österreicher und keine Christlichsozialen, keine Großdeutschen und keine Sozialdemokraten geben wird.

Soweit müssen wir es einmal in diesem Staate bringen, daß in gewissen Fragen einheitlich, geschlossen Mann und Frau zusammenstehen. Ich meine, gute Ansätze dafür sind bereits vorhanden

und für die wirklichen Staatsnotwendigkeiten hat dieses Haus immer das entsprechende Verständnis ausgebracht.

Ich komme aber nun zu einer anderen Seite meiner heutigen Ausführungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie glauben, daß Sie sich in den nächsten Tagen nur der Annahmlichkeit einer Budgetdebatte werden hingeben können. Sie sind falsch berichtet; ich werde Sie noch mit einer großen Zahl von Regierungsvorlagen beglücken, die Ihnen Gelegenheit geben werden, sich auch außerhalb der Budgetdebatte nutzbringend zu betätigen, und ich hoffe, daß sich aus dieser Betätigung am Ende der Budgetdebatte noch ein wesentlich anderes Bild der Situation dieses Staates entwickeln wird, als es jetzt der Fall ist. Ich werde mir erlauben, Ihnen noch im Laufe dieser jetzigen Session des hohen Hauses vorzulegen: Eine Bankumsatzsteuer, das Lebensmittelzuschuß-Abbaugesetz, eine Börsengewinnsteuer, eine Novelle zur Personaleinkommensteuer, eine Vermögensabgabnovelle in Verbindung mit einem Steuerfluchtgesetze, ein Gesetz über Währungsreserven und Erneuerungsfonds, eine Gebührennovelle bezüglich fester Gebühren und eine Warenumsatzsteuer. Ich behalte mir vor, diese Liste eventuell noch zu ergänzen. (Heiterkeit.)

Ich bin ja in einer angenehmen Situation; das Haus tagt jetzt jeden Tag, es ist daher jeden Tag die Möglichkeit gegeben, Regierungsvorlagen einzubringen, sie rasch einem Ausschusse zuweisen zu lassen und sie in diesem Hause mit gewohnter Gründlichkeit, aber auch Prompttheit zu erledigen. Ich glaube, daß ich mich keiner falschen Erwartung hingabe, wenn Ihr Arbeitseifer, der bisher auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung geradezu Muster-gültiges und Anerkennenswertes geleistet hat, in dieser Richtung nicht erlahmen wird und Sie den Finanzminister auch weiterhin in die Lage versetzen werden, in gleicher Geschwindigkeit wie bisher dafür zu sorgen, daß dem Staat werde, was des Staates ist.

Und so glaube ich, daß, ich wenn wir hier jetzt alle daran gehen, den Haushalt des Staates zu ordnen und dafür zu sorgen, daß dieser Staat wieder ein wohnliches Haus für alle seine Bewohner werde, so außergewöhnlich es auch sein mag, im Sinne aller wahren Patrioten des Staates, meine Budgetrede nicht anders schließen kann als mit den Worten: Es lebe die Republik! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Hohes Haus! Wenn der lebhafte Appell des Herrn Finanz-

ministers, der mit dem sehr sympathischen Ruf: „Es lebe die Republik!“ geendet hat, allein genügen könnte, unsere Anschauung und die Anschauung der gesamten Öffentlichkeit von unserer Situation günstig zu beeinflussen, so wären wir natürlich die ersten, die einen solchen Appell begrüßen würden. Ich danke — ich sage es ganz offen — dem Herrn Finanzminister für dieses begeisterte Bekenntnis und ich stimme seiner Anschauung, daß jeder einzelne, welchem Stande er auch angehöre, verpflichtet sei, das seinige in der entsprechenden Zahl von Opfern zum Bestande der Republik beizutragen, vollinhaltlich zu.

Leider kann der Hinweis auf den augenblicklich günstigen Stand des Verhältnisses unseres Kurswertes zu einigen anderen auswärtigen, auf den der Herr Finanzminister angepielt hat, allein nicht genügen, die Überzeugung allgemein wachzurufen, daß unsere Situation bereits eine in allen Hinsichten begrüßenswerte sei. Im Gegenteil, hohes Haus, wir treten in die Budgetdebatte in einem Zustande der schwersten Krise unseres Bundes, einer Krise, die in dieser Höhe kein Staat der Welt jemals durchgemacht hat und auf deren Tieftstand wir auch angelangt sind, ohne sagen zu können, daß ein weiteres Abgleiten uns nicht beschieden sein wird.

Wir haben uns nun drei Jahre vergeblich bemüht, diesen Bund aus der Richtung des Abgleitens herauszubringen, ja auch vergeblich bemüht, dieses Abgleiten nur zum Stillstand zu bringen. Wir haben insbesondere in den ersten zwei Jahren des Bestandes der Republik ein unglaubliches Maß an politischer Überlegung, an Geduld, an sozialer Einsicht aufgebracht. Es hat nichts genutzt. Ja, inzwischen — können wir sagen — hat die Intensität unserer Arbeit zu wachsen begonnen; unsere Produktion hat sich vermehrt; es sind neue Industrien entstanden, wir haben die Wasserkräfte zu bauen begonnen, wir sind in den Leib der Erde an vielen Stellen eingedrungen mit dem Wunsche, neue Bodenschätze zu gewinnen, es ist uns tatsächlich gelungen, neue Gold-, Platin-, Kaolin-, Kohlenvorkommen aufzufischen, wir sind im Begriffe — hoffentlich glückt es uns — Petroleumquellen zu finden.

Trotzdem ein unerträglicher Kursrückgang, der nach dem physikalischen Gesetze des Falles in der letzten Zeit, je länger er eben dauert, ein umso rapideres Tempo genommen hat! Wir befinden uns heute mit unseren Staatsfinanzen, mit unserer Volkswirtschaft im Zustande vollkommenen Unerträglichkeit und das erste Sturmzeichen dieser Wirkungen auf die Volksseele, auf den Volkskörper waren die Ereignisse vom 1. Dezember.

Fragen wir doch hier in diesem Parlament des Bundes Deutschösterreich: Welches Schicksal hat

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2449

Europa zu gewärtigen, wenn das geduldigste, das sanftmütigste, das friedliebendste Volk, das Volk, das als Staatsvolk das einzige auf der Erde ist, das ohne Militarismus lebt, das Volk, das von dem französischen Botschafter in Wien noch vor einem Jahr das zivilisierte Volk der Welt genannt wurde, wenn das Volk, das seine Selbstbeherrschung und seine weise Selbstzurückhaltung selbst im Sturm und in der Leidenschaft der Revolution bewiesen und geübt hat, wenn selbst dieses Volk anfängt, den Kopf zu verlieren und die Herrschaft über seine Instinkte aufzugeben? Es ist naturgemäß, daß sich jedem angesichts dieser dreijährigen konstanten Erscheinung die Frage aufdrängt, ob denn einem solchen Staatswesen überhaupt zu helfen ist. Gewiß, die Staatsweisheit der Pariser sogenannten Friedenskonferenzen hat aus uns das Krüppelhafteste aller Staatswesen gemacht. Und wenn auch die Nachfolgestaaten rings um uns herum durchaus nicht von dem Schicksal des Herabgleitens auf der schiefen Ebene frei sind, wenn es auch wahr ist, daß die Tschecho-Slowakei 53 Milliarden Staatschulden hat, in österreichische Kronen umgerechnet, mehr als wir, so ist doch auf der anderen Seite richtig, daß von diesen Nachfolgestaaten die einen von Natur aus reicher und die andern, was für die Erholung nach den Kriegsschäden noch viel wichtiger ist, primitiver sind als wir. Reine Ackerbaustaten erholen sich bekanntlich viel gründlicher und rascher, wie zum Beispiel Jugoslawien, als Industriestaaten. Ferner muß man auch sagen, daß diese Staaten durch die Friedensverträge günstiger behandelt wurden; ich erinnere an die Frage der Wirkungsschulden und Kriegsschulden.

Gleichwohl muß man sagen, daß, ganz objektiv betrachtet, eigentlich von vornherein unser Bund die Signatur des Zwanges zum Untergang nicht an der Stirne trägt. Im wesentlichen haben wir dieselbe ökonomische Struktur wie die Schweiz, ja wir sind sogar, was die brauchbare, die anbaufähige Bodenfläche anbelangt, weit günstiger daran. Bei uns kommen auf den Kopf 1,2 Hektar anbaufähiger Boden, im Gegensatz zu 0,8 in der Schweiz. Wir haben also 50 Prozent mehr. Bei uns sind 53 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig. Aber freilich leidet unsere Handelsbilanz an einer enormen Passivität, denn sie ist mit ungefähr 70 Prozent belastet. 70 Prozent der Einfuhr bedeutet unser Defizit. Es vermag uns wenig zu trösten, daß selbst reichere Staaten, wie zum Beispiel Frankreich, auch eine Passivität von 36 Prozent aufweisen. Es mag uns auf der andern Seite trösten, daß unsere Industrie vorläufig noch nicht voll beschäftigt ist, daß wir also, wenn wir sie gründlich ausnutzen, vielleicht zu einer Positivität der Handelsbilanz gelangen könnten. Unsere Papierindustrie zum Beispiel ist im ersten Halbjahr 1921 in der Lage gewesen,

nur die Hälfte ihrer Friedensproduktion zu erzeugen. Wir haben im Jahre 1920 nur 12 Millionen gegen 140 Millionen im Frieden — alles friedensmäßig gerechnet — exportiert. Unsere Eisenindustrie ist nur zu 40 Prozent, unsere Maschinenindustrie nur zu 60 Prozent, unsere Hüttenindustrie gar nur zu 30 Prozent und unsere Männerkonfektion sogar nur zu 15 Prozent des Friedensstandes beschäftigt.

Suchen wir uns nun einmal ein Bild über die tatsächliche ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Bundes zu machen und legen wir zu diesem Zwecke die Berechnungen des Herrn Ministers für Landwirtschaft Hennet über unseren Einfuhrbedarf an wichtigen Nahrungsmitteln, also an Brotgetreide, Futtergetreide, Hülsenfrüchten, Fleisch, Fett, Zucker und Eiern mit zusammen 250 Millionen Friedenskronen zugrunde, fügen wir noch für den übrigen Nahrungsmittelbedarf 100 Millionen dazu, für Kohle und Rohstoffe nach einer Berechnung des Handelsministeriums vom Herbst 1920 etwa 700 Millionen, so haben wir alles zusammen, wenn wir noch die Fabrikate dazurechnen, einen Einfuhrbedarf von etwa 1.500 Millionen. Wir können nach gewissen Berechnungen dagegen den Erzeugungswert unserer Industrie auf etwa 2½ Milliarden berechnen. Nehmen wir dazu noch die Tatsache, daß wir Holz, Magnesit und Salz ausführen können, daß wir im Handel, Transit- und Fremdenverkehr noch einige positive Buchungen machen können, dann wäre die Lebensmöglichkeit allerdings gegeben, obwohl wir hart an der Grenze stünden und, sobald wir uns durch Besiedlung unseres Staatswesens der Weltparität nähern, immer mehr gleichzeitig der Gefahr näher kommen, daß wir wiederum untergehen; denn eine Arbeitslosigkeit von sechs Millionen Menschen kann sich Amerika, kann sich England leisten, aber eine halbwegs große Arbeitslosigkeit verträgt unser schwaches Staatswesen nicht mehr.

Hohes Haus! Es geht aus diesen ziffernmäßigen Betrachtungen folgendes hervor: wir können durch Intensivierung unserer Landwirtschaft die Bedeckung unseres Ernährungsbedarfes wesentlich steigern. Die Schweiz hat sich während des Krieges, während der Blockade zu vier Fünfteln ihres Bedarfes selbst erhalten. Das könnte uns auch gelingen; wir könnten unsere Industrie auf den Stand heben, daß sie die Hälfte ihres Erzeugungswertes exportiert und damit den Einfuhrbedarf bezahlt. Allerdings, dazu gehört eines. Der Dichter Richard Demel hat es in dem berühmten Gedichte „Der Arbeitermann“ am besten gesagt, was uns fehlt: „Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, um so frei zu sein, wie die Vögel sind: nur Zeit.“ Wir brauchen nur Zeit, um unsere Äcker herzurichten, um unseren Viehstand in Ordnung zu bringen, wir brauchen nur Zeit, um unsere Wasserkräfte auszubauen, nur Zeit,

2450

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

um unsere Kohlenlöße wieder ordentlich auszubauen, um alle unsere Bodenschätze zu verwenden, um unsere Fabriken und alle noch vielfach stillstehenden Räder in Bewegung zu setzen. Man möge uns in der Welt Ruhe lassen (*Zustimmung*), um unseren Herrn zu bestellen. Mit einem Worte: Österreich ist, wie es gegenwärtig beschaffen ist, ein Übergangsproblem, es ist kein Staat, über den man definitiv zur Tagesordnung hinweggehen kann. Es geht aus all dem Gesagten hervor, daß die erste Aufgabe, wenn wir unser Problem lösen wollen, allerdings bei den sogenannten hohen Mächten, bei den Alliierten liegt, die die von mir früher genannte Zeit der Erholung, des Wiederaufbaues uns einfach gewähren müssen, die uns die Ruhe der Erholung, der Wiedergesundung geben müssen.

Was aber sehen wir? Wie verhalten sich die auswärtigen Mächte, die Ententemächte, dem Problem Österreich gegenüber? Es tagt jetzt eine so genannte Abrüstungskonferenz in Washington.

Die Aufgabe dieser angeblichen Abrüstungskonferenz ist in Wahrheit, einen Rüstungsstandard zwischen den Mächten herzustellen, die im Wettkampf um die Weltgeltung an die Stelle der beiden früheren Mächte getreten sind. Hieß früher das Widerpiel England-Deutschland, so heißt es heute England-Amerika, sonst hat sich nichts geändert. Wir müssen die traurige Tatsache konstatieren, daß weder der Krieg mit seinen Scheußlichkeiten noch der Friede mit seinen entschleierten Wirkungen belehrend auf die Welt, mindestens auf diejenigen, die die Welt gegenwärtig beherrschen, gewirkt hat. Und in diesem Wettschreit um den Rüstungsstandard, der zwischen England und Amerika in Washington ausgeschlagen wird, ist Frankreich der lachende Dritte, der die Eifersucht der beiden Mächte aufeinander dazu benutzt, um sich seine Vormacht zu Lande zu sichern. Bei dieser Abrüstungskomödie, die sich in Washington abspielt und hinter der sich die Vorbereitung eines neuen vielgestaltigen Imperialismus anstut, spielt Deutschland lediglich die Rolle eines Vorwandes für eine neue Reihe von Rüstungsargumenten. Dieser fortdauernden Hypnoze, dieser durch den Krieg in nichts verringerten Hypnoze, daß nur Kriegsschiffe und Kanonen im Stande sind, ein Volk auf die Höhe der Kultur zu bringen, wird nun ganz Mitteleuropa, Deutschland voran, zum Opfer gebracht und mit der dadurch hinabgestürzten Währung der Mark muß gleichzeitig unsere eigene Währung in den Abgrund hinabgerissen werden, so wie die der schwachen Nachfolgestaaten, der Tschechoslowakei, Polens, Jugoslawiens usw. Die eine Voraussetzung also zur Erholung Österreichs, die Voraussetzung, uns die Zeit zu lassen, wird schon in dieser Form nicht erfüllt.

Aber man könnte sagen: Was ist denn Österreich für die Entente? Wir sind die berühmte

quantité negligable. Mesopotamien interessiert England weit mehr und das kleinste Stückchen der chinesischen Küste interessiert Amerika weit mehr als das ganze Österreich mit seinen sechseinhalb Millionen Menschen. Man sollte nun glauben, daß die Herrschaften die Konsequenz auch nach der anderen Seite ziehen und, wenn wir schon so wenig gelten, uns auch die Schulden, mit denen wir durch den Krieg ihnen gegenüber belastet sind, in gleich nachlässiger, nachsichtlicher Weise behandeln. Beider aber ist es nicht so. Wir werden jetzt Ende Dezember unsere Bankschulden auf Grund des Augustübereinkommens mit 40 Prozent abzahlen müssen, ja noch mehr, man verlangt, entgegen dem ausdrücklichen Wortlaut des Friedensvertrages von Saint-Germain und dessen Mantelnote, daß wir auch die Coupons der alten österreichischen Schulden, das heißt selbst den Anteil, der auf die Nachfolgestaaten entfällt, vorausbezahlen. Und es ist ein eigentümlicher Großmut, daß Frankreich sich bereit erklärt, für den Fall, daß wir möglichst rasch diese Couponschulden zahlen, uns eine Viertelmillion Pfund zwischenzeitlichen Vorschuß auf Grund der Völkerbundkredite zu leihen, zu dem Zweck, daß wir fünf Millionen Pfund in der Form dieser Couponschulden bezahlen, das sind nach dem gegenwärtigen Kursstande 120 Milliarden Mark.

Wir, die wir kein Geld, Lebensmittel zu kaufen, benötigen, sollen alte Schulden von vor dem Kriege zahlen. Dabei muß ich sagen, selbst die größte Nachsicht — perzentuell genommen — bedeutet für uns eine Katastrophe. In dem „Österreichischen Volkswirt“ las ich, daß ein englischer Kaufmann, dem ein österreichischer Kaufmann 200.000 K aus der Zeit vor dem Kriege schuldig ist, bereit sei, ihm bis auf 40 Prozent dieser Summe nachzuschenken. Wenn der Mann den stark ermäßigten Rest zahlen soll, muß er 40 Millionen Kronen leisten. Ich bitte nun zu bedenken, was unsere gesamten privaten und staatlichen Schulden bedeuten. Sie bedeuten, daß man uns eben die Zeit, die wir zur Erholung brauchen, nicht läßt und daß wir somit durch die Schuld der Ententemächte verhindert werden, unser Staatswesen gesunden zu lassen.

In dasselbe Kapitel gehört die Frage der Pfandrechte. Wie lange zieht sich seit dem Herrlein der Herren Völkerbundsdelegierten die Frage der Rückstellung unserer Pfandrechte hinaus! Ein einfacher Spruch des amerikanischen Parlaments, ein Wort, eine Zeile würde hinreichen, um diesen Bann von uns zu lösen und wenn uns die Mächte dann selbst keinen Kredit gäben, wären wir in der Lage, auf Grund der Rückstellung uns selbst die entsprechenden Kredite zu verschaffen. Nicht einmal diese kleine Konzession an Menschlichkeit, Einsicht und Vernunft wird hier gewährt.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2451

Aber, hohes Haus, es ist selbstverständlich, das Verlassen auf die Hilfe des Auslandes ist erstens unwürdig und zweitens auch ungeschickt. Es ist nicht das einzige Mittel und der einzige Weg, der uns zur Gesundung führen kann. Wir müssen trachten, in erster Linie die im Innern vorhandenen Möglichkeiten gründlich auszuschöpfen. Da ist nun folgendes zu sagen — und hier hat der Herr Finanzminister einige Worte gefagt, die ich nur unterstreichen kann —: die Inflation erzeugt bei uns bekanntlich wie überall künstliche Kaufkraft. Das bewirkt nun eine merkwürdige psychologische Täuschung bei jedem einzelnen Staatsbürger ohne Ausnahme. Jeder einzelne von uns, wenn er 1000 K in die Hand nimmt, um etwas zu kaufen, sieht, welche Riesenausgabe das ist und überlegt sich nicht, daß es im ganzen ungefähr 75 h sind, die er ausgibt. Wir haben noch immer nicht gelernt, den Standard unseres Geldes richtig einzuschätzen und die Folge davon ist, daß wir alle weit über unser Einkommen und unser Vermögen leben. Wir leben alle zusammen, Staat und Einzelwirtschaft, von unserem Kapital. Man kann freilich von einem Metallarbeiter, dessen Einkommen heute 300 Friedenskronen sind, oder gar von einem Eisenbahner, dessen bares Einkommen heute 200 Friedenskronen sind, nicht einmal von einem Sektionschef, dessen Einkommen heute 800 Friedenskronen sind, verlangen, daß er auf einem Standard lebe, der diesem Einkommen tatsächlich entspricht. Das ist einfach unmöglich, das ist nicht durchführbar. Man kann von 200 K pro Jahr nicht leben. Aber wahr ist auf der andern Seite doch, daß dieses Leben über unsere Möglichkeiten, das sowohl vom einzelnen Konsumenten, wie vom Unternehmer, wie in erster Linie vom Staat gilt, nichts anderes bedeutet, als ein unaufhörlich forschreitendes Aufzehrern unserer ganzen Volkswirtschaft. Während man aber nun vom Arbeiter, vom Beamten bis hoch hinauf auf Grund der Ziffern, die ich Ihnen soeben genannt habe, beim besten Willen nicht verlangen kann, daß er sich einschränke, weil das physiologisch nicht möglich ist, muß man auf der anderen Seite sagen, daß die besitzenden Klassen heute — und das ist ja das, was der Herr Finanzminister mit Recht hervorgehoben hat — keine Spur eines Verständnisses dafür aufbringen, daß heute das ganze Volk ohne Unterschied bis in die höchsten Kreise hinauf ein Bettlervolk ist, kein Verständnis dafür haben, daß die Volkswirtschaftsdecke für jeden einzelnen zu kurz ist, daß keiner das Recht hat, einen Lebensstand wie im Frieden aufrechtzuhalten, daß jeder die Pflicht hat, sein Opfer an die Gesamtheit zu bringen, dem Gebot und Interesse der Gesamtheit sein Privatinteresse unterzuordnen oder sich, wie es der Herr Finanzminister ganz richtig gesagt hat, von seinem Privatinteresse loszulösen. Was sehen

wir statt dessen? Solange es eine Devisenzentrale gegeben hat, hat die Börse ihre Vorschriften nicht eingehalten und es ist bis zum heutigen Tage zu konstatieren, daß die Börsenkommision nie den guten Willen gezeigt hat, Missbräuche zu beseitigen. Die Landwirte haben sich, solange die Bewirtschaftung gedauert hat, bis zum heutigen Tage geweigert, die auf sie entfallenden Kontingente richtig abzuliefern. Trotz der Verordnungen über Preistreiberei und Schleichhandel hat kein Kaufmann sich an sie gehalten. Jede Erhöhung der direkten Steuern löst bei den Vertretern der bestehenden Klasse Missbräuche aus, Ausbrüche des Zornes, die sich mitunter sogar in Straßendemonstrationen kündigen. Die Depots wandern allem Gemeinsinn zuwider ins Ausland, werden dort in Sicherheit gebracht. Die Valutaspukulationen nehmen Dimensionen an, die man sich früher nicht vorstellen konnte. Vor allem aber nehmen Profferei, Lugus, Verschwendungen in diesen Kreisen Formen an, die absolut und unweigerlich einen aufreizenden Charakter annehmen müssen. Wenn dann die Folgen dieses aufreizenden Benehmens, dieser Verschwendungsucht mitten im Untergang des Staates Formen annehmen, wie am 1. Dezember, wie am Donnerstag der vorigen Woche, dann freilich, meine Herren, kommen Sie mit der Moralpaule, dann halten Sie Ihre Parteibesprechungen und fassen einen Beschlüß, worin Sie sagen, die Schuld der Sozialdemokraten an dieser Demonstration stehe unzweifelhaft fest. Meine Herren von der christlichsozialen Partei, ich muß schon sagen: Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Sitz reden und wenn von Demonstrationen, die zu Plünderungen und dergleichen ausarten, die Rede ist, dann soll vor allem ein Christlichsozialer schweigen; denn wer das Signal dazu gegeben hat, das waren Sie. Erinnern Sie sich an die Demonstrationen und die Demolierungsversuche am Schottenring, die sich bis zur Sitz-Ecke hingezogen haben, bei welcher Gelegenheit sogar Ihr verehrter Führer Seipel wegen des ungriechischen Aussehens seiner Nase beinahe zu erbaren Konflikten mit seinen eigenen Parteifreunden gekommen wäre. Ich erinnere Sie weiter an die eingeschlagenen Fensterscheiben in den Kaffeehäusern der Leopoldstadt, die Ihren Parteianschauungen entsprochen haben, und ich erinnere vor allem an die Winterrockdiebstähle und an die Handtaschenplünderungen, die bei der von Ihnen geführten Demonstration gegen die Neigeraufführung vorgekommen sind. Ich möchte also bitten, meine Herren, daß Sie etwas vorübersichtiger sind, wenn Sie solche Beschuldigungen aufstellen und lieber der Wahrheit die Ehre geben und erkennen, daß es sich hier um eine ganz unvermeidliche, eine ganz selbstverständliche, eine nach dem Verhalten der bürgerlichen Klassen geradezu naturnotwendig entstandene Art des Volkszornes

2452

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

gehendelt hat. Natürlich wird in letzter Linie niemand diese Ausschreitungen billigen, kein Kulturmensch und kein politisch vernünftig denkender Mensch, aber rufen Sie den Menschen von seiner Kulturhöhe zurück in seine Bestiennatur, die in ihm nicht ausgestorben ist, dann müssen Sie sich die Folgen einer solchen Handlungsweise zuschreiben. Und nun frage ich, hohes Haus, wenn wir heute den Herrn Finanzminister so lebhaft an das Staatsgefühl und das Gemeingefühl jedes einzelnen Österreichers appellieren und den Bestand der Republik von diesem Gemeingefühl mit vollem Recht abhängig erklären hören, ja meine Herren von den Regierungsparteien, antworten Sie doch auf die Frage, was Sie denn eigentlich seit der Zeit, seit Sie die Regierung führen, in diesem ganzen Jahr und noch darüber seit dem 17. Oktober 1920 Positives geleistet, um der Finanznot des Staates beizukommen? Bitte, geben Sie doch Antwort! Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, was haben Sie getan außer einigen Artikeln und Reden angeblich ökonomischen Inhalts des Herrn Professors Seipel, die das Lächeln eines Septimianers hervorrufen müssen. Was haben Sie getan? Wie sind Sie diesem Übel an den Leib gegangen? Nicht einen einzigen positiven Vorschlag haben wir von Ihnen gehört und es mußte schließlich die Opposition Ihnen zu Hilfe kommen. Die Opposition der Sozialdemokraten mußte einen Finanzplan bis in das kleinste wohlüberlegt durchdenken und Ihnen vorlegen, damit Sie endlich eine positive Grundlage für Ihre Regierungstätigkeit zur Bekämpfung der notleidenden Staatsfinanzen und der notleidenden Volkswirtschaft haben.

Und angesichts dieser Tatsache der absoluten Negativität Ihrer Regierungshandlungen auf der einen Seite und der Tatsache, daß der einzige positive Vorschlag von oppositioneller Seite gekommen ist, hatte nun der Herr Abgeordnete Kunischak in der 62. Sitzung vom 27. November d. J., also vor etwa zwei Wochen, die Rühmheit, folgende Sätze auszusprechen (liest): „Leider aber, meine sehr verehrten Frauen und Herren, überlassen Sie“, nämlich die Sozialdemokraten, „die Sorge nach dieser Richtung tätig zu sein, uns“, nämlich den Christlichsozialen. „Sie behalten sich lediglich die Kritik vor“, das sind die Sozialdemokraten, „und haben dann noch den Geschmack, diejenigen, die positiv arbeiten“, das sind die Christlichsozialen, „der Feigheit zu beschuldigen“. Ich bitte, meine Herren, ich bin ja ein gewisses Maß von Demagogie beim Herrn Abgeordneten Kunischak gewöhnt, aber er sollte es doch nicht so arg treiben, besonders bei dem Gedanken, der sich schon bei diesen Teuerungskrawallen gezeigt hat. Jede Lüge ist eine Untreue, die den eigenen Herrn schlägt. Die aber ihren Herrn am gefährlichsten schlägt, ihm die

furchtbarsten Wunden zufügt, das ist die Lüge der Demagogie und Sie haben diese Demagogie mit ihren angeblich antisemitischen Demonstrationen am Schottenring angefangen und Sie haben die Strafe dafür am letzten Donnerstag empfangen.

Nun, meine Herren, gestatten Sie, daß ich einige Worte über diesen Finanzplan, den bereits die Öffentlichkeit und auch wir hier im Hause in den Ausschuß- und Plenarsitzungen bereits erörtert haben, spreche. Es ist selbstverständlich, daß dieser Plan nicht so behandelt werden darf, daß sich die Regierung die ihr gefälligen Rosinen aus diesen Kuchen heraus suchen kann und die ihr unbehaglichen Dinge drinnen läßt. Das Ganze ist ein Gebilde von ineinander gefügten Steinen. Nimmt man einen heraus, so ist das Ganze nichts wert, weil es zusammenfällt. Insbesondere gilt das von dem Teil des Finanzplanes, den Sie als den Eckstein des Gebäudes ansehen, den Sie auch als das Fundament aller Ihrer Finanzpläne betrachten, nämlich von dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse. Meine Herren! Geben Sie sich und geben wir uns alle keiner Täuschung hin: was da geschieht, ist eines der ernstesten und gefährlichsten Experimente! Geben wir uns keinen Augenblick der Täuschung hin, daß eine solche Sache ganz glatt zu machen ist. Das ist sehr gefährlich. Daher darf sie erstens nur mit der größten Vorsicht gemacht werden, zweitens darf sie nur in Verbindung mit Schutzmaßnahmen für die davon betroffenen Proletarierschichten gemacht werden, also dem gesetzlichen Lohnzuschlag und vor allem der Kinderversicherung. Von der letzteren erklären wir, daß wir es als unbedingt notwendig ansehen, sie gesetzlich mit dem Lebensmittelzuschußabbau zu verbinden. Drittens darf diese Maßregel nur stufenweise erfolgen, weil niemand die Verantwortung für die furchtbaren Gefahren einer plötzlichen Beseitigung auf seine Schultern nehmen kann. Ich warne den Herrn Finanzminister, allzu früh in dieser Frage vorzugehen, denn die Folgen eines unvorsichtigen Gebarens mit diesem Feuer könnten unheilvoll sein.

Aber vor allem muß dieser Abbau der Lebensmittelzuschüsse, der eine neue schwere Last für die besitzlosen Klassen bedeutet — trotz allen gesetzlichen Zuschlägen, trotz der Kinderversicherung bleibt noch immer ein Rest „zu tragen peinlich“ — unbedingt mit einer gleichzeitigen tiefgreifenden Heranziehung der Besitzenden verbunden sein. Ich muß es anerkennen, daß die starke Erhöhung der Grundsteuer und der Erwerbsteuer sowie die Gebühren erhöhungen Maßnahmen sind, die den von uns aufgestellten Forderungen entsprechen. Aber das genügt nicht. Der Finanzminister hat eine Reihe von neuen Vorlagen noch für diesen Monat angekündigt. Ich hoffe, daß darunter der Zuschlag zur Vermögensabgabe, die laufende, progressive Vermögenssteuer

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2453

und vor allem die Abstättung der Gräfisaktion zu verstehen ist. Von letzterer erhoffen wir im gegenwärtigen Augenblick nicht das, was wir in früheren Zeiten damit verbunden haben, nämlich die Übernahme eines Teiles der Privatindustrie in die Verwaltung des Staates, sondern wir betrachten diese Gräfisaktion gegenwärtig als mit einer anderen Funktion behaftet, nämlich damit, uns die von mir früher geforderte Zeit zu verschaffen, Geld oder Werte in so großem Betrage in die Hand des Finanzministers zu geben, daß er Zeit hat, die Valuta damit zu stabilisieren und während dieser Stabilisierungszeit die großen Gefahren der Abdürkung der Lebensmittelzuschüsse zu paralyseren.

Aber auch das genügt nicht. Wenn wir in unserem Finanzplane von einer Umwandlung der Staatsbetriebe in gemeinwirtschaftliche Anstalten sprechen, so werden sich natürlich wiederum einige Stimmen erheben, die das als die von Ihnen als der Ausbund aller Teufelslei angesehene Sozialisierung betrachten werden. Auch das ist gegenwärtig nicht die Aufgabe dieser Umwandlung, vielmehr handelt es sich darum, den Staat von einer ungeheuren Summe von Ausgaben zu entlasten. Ich mache darauf aufmerksam, hohes Haus, daß selbst in Deutschland, wo die politischen Machtverhältnisse anders liegen als bei uns, wo infolge der bedauerlichen Spaltung der proletarischen Gruppen leider die Arbeiter nicht den Einfluß auf das Parlament haben wie in Österreich, die Frage der Umwandlung der Eisenbahnen — der von allen Staatsbetrieben am schwierigsten zu behandelnde Betrieb — in der Diskussion der Öffentlichkeit einen breiten Raum einnimmt, daß gegenwärtig die Öffentlichkeit einstimmig der Meinung ist, daß die Auslieferung der Eisenbahnen an die Privatindustrie unter keinen Umständen geduldet werden darf, daß dagegen sich dort die öffentliche Meinung immer mehr der Ansicht zuneigt, daß die Eisenbahnen in ein kaufmännisches Unternehmen umzuwandeln seien, dessen alleiniger Großaktionär nach dem Vortrage von Michelius der Staat zu sein habe, zu dessen Verwaltung Privatindustrielle und Arbeiter als Beiräte zugezogen werden und dessen durch die kaufmännische Führung erhöhte Einnahmen dann auch natürlich dem Staat zuzufliessen haben. Im wesentlichen ist es also ganz dasselbe, was bei uns die gemeinwirtschaftlichen Anstalten vorstellen. Es wäre also Zeit, daß diese Umwandlung schon aus diesem Grunde der Entlastung des Staates und der Erhöhung der Einnahmen dieser Betriebe auf der Grundlage einer kaufmännischen Führung erfolgt. Aber es ist das auch aus einem andern Grunde notwendig, nämlich wegen der Frage der Beamten.

Hohes Haus! Es wird bei uns über den riesigen Stand der Beamten geklagt. Gewiß mit Recht! Aber ich mache darauf aufmerksam, daß

wir ja als der zurückgebliebene abgeschnittene Kopf des alten Österreich bei uns viel mehr zentrale Funktionen zurückbehalten haben und damit auch die dazu gehörigen Beamten, abgesehen davon, daß es eine allgemeine Erscheinung ist, auch in den Siegerländern, daß der Beamtenapparat aus einer Reihe vielleicht nicht immer ganz erklärbaren Gründe wächst. In England hat der staatliche Beamtenapparat um 76.000, in Frankreich um 25.000 Personen zugenommen. Wir haben gegenwärtig einen staatlichen Angestelltenstand von 253.000 Personen. Aber es gelingt schon, wenn man will, diesen Beamtenstand ohne Gefährdung der persönlichen Existenz der Beamten abzubauen. Das ist zum Beispiel in Deutschland gelungen, wo man bei den Eisenbahnen bereits 55.000 Personen abgebaut hat. Aber vielleicht könnte man sagen, draußen ist die reaktionäre Macht stärker als hier in Österreich, man kann sich das dort eher erlauben. Aber ich verweise auf das Beispiel der Gemeinde Wien, die ohne irgendwelche sozialen Erschwernisse, ohne Erzeugung von sozialen Konflikten ihren Beamtenstand um 2000 Personen abgebaut hat, dies obwohl Wien gegenwärtig die Funktionen einer Statthalterei mitübernommen hat, also eigentlich einen größeren Aufgabenkreis hat als früher, wobei zu betonen ist, daß nicht gleichzeitig ein Beamtenabbau in der niederösterreichischen Statthalterei erfolgt ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, wenn ich schon vom Beamtenabbau rede, noch die Frage stellen, was es denn mit dem Versprechen der Regierung, insbesondere des Herrn Ministers für soziale Verwaltung für ein Bewenden hat, das er gelegentlich der Rakanitsch-Affäre gegeben hat und das darin gipfelte, daß das Verzeichnis der Neueinstellungen von Beamten dem hohen Hause vorgelegt werden wird. Es ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen und ich erlaube mir, den Herrn Minister an dieses sein Versprechen zu erinnern.

Ich sage, vor allem ist die Umwandlung der staatlichen Betriebe in gemeinwirtschaftliche Anstalten vom Standpunkte des Beamtenabbaues notwendig, denn von den 253.000 Staatsangestellten sind nicht weniger als 155.000, das ist 61 Prozent, Angestellte von Betrieben. Wir würden durch die Umwandlung der Betriebe diese Angestellten des Charakters von Staatsangestellten entkleiden, ohne daß man darum für ihre weitere Existenz die geringste Sorge zu tragen brauchte, im Gegenteil, ich glaube, ihre Existenz wäre auf eine viel bessere Basis gestellt, vor allem aber würde der Abbau der Lebensmittelzuschüsse — der, wenn die Herren alle Beamte bleiben, auf die Staatsfinanzen keinerlei bessere Wirkung ausüben würde, weil dann der Staat das, was wir an Lebensmittelzuschüssen ersparen, in Form des gesetzlichen Lohnzuschlages wieder daraufzahlen müßte — vor

2454

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

allem also würde der Abbau der Lebensmittelzuschüsse die Staatsfinanzen entlasten.

Hohes Haus! Ich glaube, genügend auf den Ernst der Situation und auch genügend auf die Mittel, die uns immer noch trotz des verzweifelten Charakters unserer Lage übrig geblieben sind, hingewiesen zu haben. Der Herr Finanzminister hat heute — damit komme ich zum Schlusse — wiederum einmal darauf hingewiesen, daß man ihm seinen Optimismus zum Vorwurf macht. Ich bitte, das, was ich jetzt sagen will, nicht persönlich zu nehmen, aber es ist selbstverständlich, daß man ohne Zutrauen zur eigenen Wirtschaft, ohne einen gewissen Optimismus, ohne Zuversicht dieses schwierige Werk nicht in Angriff nehmen kann. Eine große Dosis Optimismus gehört zu diesem Amt — das ist selbstverständlich. Aber ich meine, es wäre schon nützlicher, wenn die Äußerungen dieses Optimismus mit etwas größerer Vorsicht geübt würden, denn das, was sich mit den Alpinen Aktien zweifellos — ich bin davon überzeugt, ohne Zutun des Herrn Finanzministers — ereignet hat, eine Sache, die bis jetzt noch nicht vollständig aufgeklärt ist, deutet darauf hin, daß doch an der Stelle, an der der Herr Finanzminister steht, Äußerungen der Öffentlichkeit gegenüber mit der größten Vorsicht gemacht werden müssen. Wenn aber noch so viel Optimismus dem Träger eines so verantwortlichen Amtes im gegenwärtigen Augenblick mit Recht zugebilligt werden müssen, so muß natürlich dieser Optimismus mit der nötigen Gewissenhaftigkeit einhergehen, die — ich bitte, das wieder nicht persönlich zu nehmen — absolut nicht in Leichtsinn ausarten darf. Der große furchtbare Ernst des Reformwerkes, an das sich der Nationalrat gegenwärtig mit dem Lebensmittelzuschußabbau und mit der ganzen Finanzreform macht, erfordern mehr Gewissenhaftigkeit, mehr politischen Ernst, als jemals in irgendeiner Situation von einem Staatsmann verlangt wurden. Nur bei gründlicher Erwägung all der Gefahren, die aus dieser Reform entstehen können, nur bei energischem Zugriff nach oben und nur bei tiefgehender Rücksichtnahme nach unten kann dieses schwierige und verantwortungsvolle Werk gelingen. Ich hoffe, daß die Regierungsparteien diese Einsicht befunden werden; auf unserer Seite wird die Bereitwilligkeit, mitzuhelpen, den Bund aus dieser Situation zu retten, keinesfalls fehlen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Straßner.

Abgeordneter Dr. Straßner: Hohes Haus! Mein sehr verehrter Herr Vorrredner, Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat angedeutet, worin eigentlich die Grundursache für unsere müßliche finanzielle Lage zu suchen sei. Ich will dieser An-

deutung ein Übriges beifügen und will es aussprechen, daß die Grundursache für unsere müßliche finanzielle Lage in erster Linie in dem Friedensvertrag von Saint-Germain gelegen ist. Man hat in diesem Friedensvertrag durch die Signatarmächte einen Staatskörper geschaffen, der, wenn er nicht überhaupt ohne eine Möglichkeit ist, sich zu helfen, so doch nur mit großen Schwierigkeiten über sein schweres Los hinauskommen kann. Wenn wir uns kurz vergegenwärtigen, wie denn dieses Deutschösterreich aussieht, so wird selbst einem Laien auffallen müssen, daß es in diesem Deutschösterreich überaus schwer ist, das Staatswesen in die Höhe zu bringen, und es freut mich fast, daß der Finanzminister heute mit soviel Optimismus gesprochen hat, daß er doch hoffe, Deutschösterreich aus der größten Not und aus dem größten Elend herauszuführen.

Deutschösterreich mit seinen 82.000 Quadratkilometern ist kein homogenes staatliches Gebilde; im Gegenteil, all das, was uns an politischen Widerwärtigkeiten, all das, was uns an Schwierigkeiten in unserer Ernährung, all das, was uns an Schwierigkeiten in unserem Verkehr vor Augen getreten ist, ist ja nicht zuletzt auf diese mangelhafte Gestaltung unseres Staatswesens zurückzuführen. Wenn wir berücksichtigen, daß Deutschösterreich nur über 1,9 Hektar Ackerland verfügt, so ist leicht erklärlch, daß Deutschösterreich nur ein Viertel seiner Bevölkerung aus eigener Ernte ernähren kann. An diesen 1,9 Hektar sind ja durch die Kriegsverhältnisse und durch die Nachkriegszeit Wunden geschlagen worden, die einen bedeutenden Rückgang unserer Ernteergebnisse zeitigen. Außerdem, meine sehr Verehrten, die ungleiche Verteilung unseres Ackerbodens in Deutschösterreich. 43 Prozent Ackerland in Niederösterreich steht Vorarlberg gegenüber, das mit nur 3 Prozent Ackerland in unserem Bundesstaat eingegliedert ist! Die Kürzungen der Ernteergebnisse sind bis zu 40 Prozent in allen Fruchtgattungen festzustellen und darauf, meine sehr Verehrten, ist nicht zuletzt die große Not und das bedeutende Elend zurückzuführen, das uns in der letzten Zeit beschieden war. Ich habe gesagt, nur für ein Viertel unserer Bevölkerung haben wir die nötigen Nahrungsmittel aus eigener Produktion; es fehlt uns aber dabei all das, was wir für unser Vieh benötigen, es fehlt aber außerdem auch all das, was wir für unsere getreideverarbeitende Industrie benötigen. Was ich von unserer Körnerfrucht gesagt habe, gilt in derselben Weise von unserer Kartoffelproduktion; denn wenn wir dort um 5 Prozent mehr erzeugen, als dies bezüglich unserer Mahlprodukte der Fall ist, so gibt das keinen Ausschlag mehr. Aber auch bezüglich aller anderen Lebensmittel sind die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Ich verweise darauf, daß in Deutschösterreich aus eigener Produktion

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2455

höchstens 4 Kilogramm Fett für eine Person im Jahr gewonnen werden können, und zwar dann, wenn die Ausbeute derartig wäre, wie sie im Frieden gewesen ist, was natürlich nicht mehr trifft, weil sich auch auf dem Gebiet unserer Viehzucht die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Wenn wir das Ergebnis in Ziffern darstellen wollen, und zwar von einem anderen Gesichtspunkte aus beobachtet, so müssen wir feststellen, daß unsere Handelsbilanz auf Grund dieser von mir geschilderten Verhältnisse überaus schlecht ist. Sie schließt im Jahre 1920 mit einem Defizit von 900 bis 1200 Millionen Goldkronen ab.

Wir können also sagen, daß die ersten Ursachen für unsere mühlige finanzielle Lage im Friedensvertrag von Saint-Germain gelegen ist. Es ist deshalb unsere Aufgabe, hohes Haus, daß wir eine Revision dieses Friedensvertrages verlangen, und hiezu gibt sich für uns jetzt leichter eine Möglichkeit, als wir das vielleicht vor einem Jahre geglaubt hätten. Die Signatarmächte selbst haben ja eine Revision des Friedensvertrages von Saint-Germain vorgenommen. Als es sich darum handelte, uns die einzige Aktivpost aus dem Friedensvertrage zu geben, erklärten die Signatarmächte, sie wären nicht imstande, diese Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, man könnte uns Deutsch-Westungarn nicht bedingungslos geben. Und dieser Revision des Friedensvertrages ist noch ein zweiter Akt gefolgt: Die Signatarmächte haben festgestellt, daß ein Teil des zu Deutschösterreich gehörenden Gebietes von Deutsch-Westungarn durch Volksabstimmung entscheiden soll, wohin dieses Gebiet staatlich gehören soll. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, bei diesen Revisionen, die von den Signatarmächten ausgesprochen wurden, „anhängen“, müssen unsere weitere Politik auf diese Revisionen aufbauen und müssen eine Revision des Friedensvertrages verlangen.

Es sind ja mit Deutschösterreich bereits verschiedene Versuche gemacht worden, bis zur Stunde sind alle diese Versuche gescheitert. Ich verweise auf die Frage der Donaukonföderation. Für uns als Angehörige der großdeutschen Volkspartei ist ein derartiger Versuch unmöglich: wir könnten nie und nimmer einem derartigen Staatsgebiete zustimmen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß wir in dieser unserer Ansicht nicht allein sind, sondern daß auch die Nachfolgestaaten ähnlich denken. Ramentlich die Konferenz von Portorož hat ein deutliches Zeugnis dafür ergeben, daß die Nachfolgestaaten ganz und gar nicht willens sind, wiederum ein ähnliches Staatswesen herzustellen, wie es die gewesene österreichisch-ungarische Monarchie war. Dieser Versuch ist als gescheitert zu betrachten. Und nun taucht, nachdem der Putsch des letzten Habsburgers mißlungen ist, ein zweiter Plan im

Hintergrund auf, ein Plan, an dem wir Deutschen in Österreich nicht achilos vorübergehen können. Dieser Plan ist ja nicht auf deutschösterreichischem Boden gewachsen, sondern hat dort seinen Ursprung, wo unsere größten Feinde auf dem Kontinent sitzen, er hat seinen Ursprung bei den Franzosen. Die Franzosen planen, Deutschösterreich in einen süddeutschen Staat einzugliedern, ein Plan, der den Franzosen sehr willkommen sein mag, der für uns aber unannehmbar ist. Wir wollen mit keinerlei Andeutungen zu erkennen geben, daß wir jemals, und wenn es uns noch so schlecht gehen sollte, gewillt seien, uns an ein süddeutsches, von dem übrigen Deutschland getrenntes Staatsgebilde anzuschließen. In dem Augenblicke, wo auch nur die Vermutung bestehen könnte, daß wir einem solchen Plane huldigen, würden die Franzosen und alle diejenigen Kräfte und Mächte, die vielleicht parallel laufen, die vielleicht auch bei uns und unter Umständen in Deutschland zu finden wären, selbstverständlich lebhaft zugreifen, um einen derartigen Plan zu verwirklichen. Wir können und dürfen uns unter gar keinen Umständen zu Plänen, die auf eine Zerreibung des Deutschen Reiches hinausgehen, hergeben. Außerdem ist wohl noch zu betonen, daß wir auch im Rahmen eines derartigen Staatsgebildes als deutschösterreichischer Staat nicht gefunden würden. Wir haben, glaube ich, unsere Außenpolitik der Außenpolitik des Deutschen Reiches anzupassen und ich glaube, daß wir nur auf diese Art und Weise einer besseren Zukunft entgegengehen.

Es mag ja vielleicht von verschiedenen Seiten behauptet werden, daß Deutschösterreich für eine Außenpolitik doch zu klein sei, daß es keine Rolle spielt. Dem kann ich nicht zustimmen. Deutschösterreich nimmt im Rahmen der kontinentalen Mächte trotz seiner Kleinheit eine überaus wichtige Stellung ein. Deutschösterreich ist der Brückenkopf des Deutschtums gegen Osten — das dürfen wir nicht vergessen — und nur deshalb planen die Signatarmächte heute dieses, morgen jenes mit Deutschösterreich, weil es eben auf vorgehobenen Posten eine wichtige Stelle innehat. Im Rahmen der kontinentalen Politik werden wir zwar nie den Ausschlag geben, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im Rahmen der politischen Entwicklung der übrigen Mächte vielleicht Deutschösterreich mit dem Deutschen Reich oder an der Seite des Deutschen Reiches zum Werkzeuge einer Politik wird, die die Verhältnisse, die uns aufgezwungen sind, ändern kann.

Mein sehr verehrter Herr Vorredner, Dr. Ellerbogen, hat von der Konferenz in Washington gesprochen und hat gesagt, es sei nicht eine Abrüstung, sondern eigentlich eine Feststellung, wie weit die Rüstungen gehen können; diese Rüstungen, meine sehr Verehrten, sollen zweierlei Zwecke haben.

Wenn Kollege Dr. Ellenbogen gesagt hat, der lachende Dritte sei bei all diesen Plänen Frankreich, so kann ich ihm nicht ganz zustimmen. Ich glaube, der lachende Dritte in Washington ist eigentlich England. England wird sich meiner Auffassung nach freuen, wenn sich Amerika und Japan zur höheren Ehre Englands die Köpfe einschlagen werden, und England wird sich freuen, wenn sich schließlich und endlich in Europa zwei oder unter Umständen drei Mächte finden werden, um — auch vielleicht zur höheren Ehre Englands — sich auf europäischem Boden die Schädel einzuschlagen, gegen Frankreich, das heute als der mächtigste Rivale Englands in Europa dasteht. Und in dieser Entwicklung wird uns vielleicht, entweder mit dem Deutschen Reiche schon vereint oder auch noch getrennt, aber sicher gemeinsam mit dem Deutschen Reiche eine wichtige Aufgabe zufallen, bei deren Erfüllung wir verschiedene Preise fordern müssen. Ich glaube, daß wir hier in erster Linie unser deutsches Südtirol wieder bekommen müssen und daß wir in diesem Zusammenhang auch an Deutsch-Sudetenland und Deutschböhmen nicht vergessen dürfen. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir uns, glaube ich, entschließen können, an den Plänen anderer Mächte mitzuarbeiten, uns als das Werkzeug anderer Mächte unter Umständen gebrauchen zu lassen.

Es wird aber notwendig sein, daß die Außenpolitik von unserer Regierung selbst mehr als früher in die Hand genommen wird, denn sonst würde sich wieder die Erscheinung zeigen, daß in unserem ja wenig konsolidierten Staatswesen die einzelnen Länder gezwungen wären, unter Umständen selbst Außenpolitik zu machen, weil in dieser Beziehung von der Regierung in Wien zu wenig geschieht. Das läßt sich aber alles vermeiden, wenn die Regierung sich in der Außenpolitik nicht drängen läßt, sondern die einzelnen Länder, den ganzen Staat führt. Diese Führung kann für uns nur eine sein, sie kann nur darauf hinauslaufen, daß wir uns von Deutschland nicht weiter trennen lassen, als wir heute schon getrennt sind, ja daß wir mit Deutschland noch näher zusammengeführt werden, als es zur Stunde der Fall ist.

Wir brauchen deshalb eine Reform unseres auswärtigen Dienstes, nicht am Haupt, aber vielleicht an den Gliedern, an einzelnen Gliedern, die sich noch nicht recht darin gefunden haben, daß nunmehr ein anderer Kurs in Österreich herrscht und herrschen muß, wenigstens wenn wir die politischen Ziele erreichen wollen, die unsere Partei sich gesetzt hat, den endlichen Anschluß an das große Deutsche Reich, den Zusammenschluß aller Deutschen überhaupt.

Unser Staatsvoranschlag ist aber nicht nur ein Spiegelbild der mißlichen Verhältnisse, die sich aus unserer äußeren Politik ergeben, sondern auch

ein Spiegelbild unserer inneren Politik. Wir müssen uns erinnern, was wir seit dem Zusammenbruch hinter uns haben, seit den Tagen der Revolution, die sich bei uns ja in so friedlicher Weise vollzogen hat. Wenn wir nun auf die letzten drei Jahre zurückblicken, so können wir feststellen, daß das Ergebnis unserer inneren Politik das Ergebnis einer ausgesprochenen Klassenpolitik ist. Diese Klassenpolitik hat uns von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag tiefer ins Elend geführt. Es mögen die Urteile der Parteien und der einzelnen Beobachter unserer Volkswirtschaft hier vielleicht ein wenig auseinander gehen, im großen ganzen aber werden Sie alle mit mir darin übereinstimmen, daß unser wirtschaftlicher Niedergang, abgesehen von den schweren Bedingungen des Friedensvertrages, die auf uns lasten, nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß wir statt einer Politik der Volksgemeinschaft eine Klassenpolitik getrieben haben.

Diese Klassenpolitik hat auch auf die einzelnen Länder übergriffen, allerdings in einer anderen Form. Die Klassenpolitik hat genau so wie frühere wirtschaftliche Erscheinungen, als Triebfeder den Egoismus, und dieser Egoismus der Klassenpolitik hat nun auf die einzelnen Länder, ja sogar innerhalb der Länder auf einzelne Bezirke übergriffen. So kann eine Festigung unseres neuen Staatswesens nicht zustandekommen. Länderabsperungen, Bezirkabsperungen, ja sogar Absperrungen einzelner Drei gegen einander, alles zur höheren Ehre des Egoismus, um besser leben zu können, mit Hintanzug aller Interessen, die ja schließlich und endlich gemeinsame sind. Das ist der Hauptgrund. Und hier erlaube ich mir kurz darauf zu verweisen, daß zum Beispiel die Stimmung gegen Wien nicht dadurch gegeben ist, daß in Wien einmal eine bessere und dann wieder eine schlechtere Regierung ist. Nein, diese Stimmung gegen Wien ist in einem anderen Grunde zu suchen. Es ist in den wesentlich anderen wirtschaftlichen Verhältnissen gelegen, daß in den Ländern eine Abneigung gegen Wien besteht. Von den 366 Millionen Erwerbstätigen, die wir in Deutschösterreich haben, sind 161 Millionen, also 44 Prozent, auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft zu suchen, 119 Millionen, also 33 Prozent unserer erwerbstätigen Bevölkerung in der Industrie und von diesen 33 Prozent entfallen nur 7 Prozent auf die Länder; die ganze übrige, in der Industrie, im Handel und Gewerbe und in den freien Berufen beschäftigte Bevölkerung entfällt auf Wien. Darin ist der Hauptgrund der Entfremdung zwischen den Ländern und Wien zu suchen. (Abgeordneter Austerlitz: Auf der Ringsstraße Ackerbau treiben!) Gewiß nicht, Herr Kollege! Aber daraus ist auch der Egoismus zu erklären, der sich innerhalb der einzelnen Klassen gebildet hat. Ich will hier nicht die eine oder die andere Klasse in

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2457

Schutz nehmen, sondern ich will nur aussprechen, daß es auf Grund der Klassenpolitik nicht möglich ist, zu einer Gesundung zu kommen. Wir dürfen den Egoismus weder des einzelnen noch einer Klasse in den Vordergrund stellen, sondern wir müssen uns auf den Standpunkt der Volksgemeinschaft stellen, denn nur so können wir zu einer Rettung kommen.

Das ist ein Plan, der von mir ausgesprochen wird. Es gibt ja auch andere Pläne in Deutschösterreich. Wir haben diese Pläne in den früheren Regierungen — nicht in der gegenwärtigen — verkörpert gesehen, die grenzenlos die Hilfe vom Auslande erwarteten. Diese Hoffnungen waren trügerisch und werden es auch weiterhin bleiben. Die Kreditaktion war für die früheren Regierungen gewissermaßen ein Axiom. Wenn es aber bloß ein Axiom der Regierungen gewesen wäre, hätten wir es unter Umständen hingenommen. Aber durch dieses Axiom wurde blind und fast arbeitsunfähig oder wenigstens in der Arbeit lahmgelegt ein Großteil unserer Bevölkerung. Die Leute haben auf die Hilfe des Auslandes gehofft und dabei vergessen, daß sich in erster Linie Deutschösterreich selbst helfen muß. Denn nur, wenn sich Deutschösterreich selbst hilft, wird unter Umständen auch eine Hilfe des Auslandes zu erwarten sein.

Weil die Kredite nicht gekommen sind, wurde dann eine andere Formel geprägt und man suchte in Österreich nach einem Diktator, die weit links Stehenden nach einem linken Diktator und die weit rechts Stehenden nach einem rechten Diktator. Gestatten Sie, daß ich es hier klar und deutlich ausspreche: Wir lehnen jeden Diktator ab, mag er aus einer politisch rechten oder aus einer politisch linken Entwicklung hervorgehen. Wir stehen ohne Vorbehalt auf dem Boden der demokratischen Staatsform, die sich Deutschösterreichs Volk selbst gegeben hat. Wir begrüßen deshalb, nachdem alle diese Wege fehlgeschlagen haben, die Schritte der jetzigen Regierung, die zur Selbsthilfe greift und sagt: Hilf dir selbst, so wird dir auch von anderen geholfen werden. Dieser Satz gilt nicht nur für Einzelmenschen, sondern auch für Staaten. Eine Besserung der österreichischen Verhältnisse kann aber durch die geplante Finanzreform nur dann erfolgen, wenn der nunmehr theoretisch gegebenen Möglichkeit auch die Praxis folgen kann. Wenn die Finanzreform unseres Finanzministers Dr. Görtler mit Erfolg durchgeführt werden soll, muß gleichzeitig auch eine Wirtschaftsreform durchgeführt werden, sonst werden wir vielleicht mathematisch unseren Staat retten, in Wirklichkeit aber nur für ganz kurze Zeit, um dann unter Umständen einen neuen schweren Zusammenbruch zu erleben. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß der Zweck alles Wirtschaftens die Bedarfsdeckung ist, und die Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß die Sicherung der Bedarfs-

deckung und damit eine Besserung der wirtschaftlichen Lage nicht nur des einzelnen, sondern des ganzen Staates sein. Die wirtschaftliche Lage des einzelnen hängt von der Höhe seines Einkommens und zweitens wohl auch von der Kaufkraft seines Einkommens ab. Nun sind wir bezüglich der Höhe des Einzelleinkommens bereits ins Unermeßliche gestiegen und der Herr Finanzminister selbst hat ebenso wie mein Kollege Ellenbogen es ausgesprochen, daß uns heute gar nicht zum Bewußtsein kommt, mit welchen Summen wir arbeiten, und daß uns heute deshalb unter Umständen das Geld auch leichter aus der Hand geht, als es früher der Fall gewesen ist. Die Riesensummen, mit denen wir heute im Einzelhaushalt wie im Haushalte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu rechnen haben, machen uns vielfach leichtfertig und entfernen uns immer mehr und mehr von der einen Richtlinie, die uns eigentlich leiten soll: vom Sparen.

Zwischen der Höhe und der Kaufkraft des Einkommens besteht aber ein gewisser Gegensatz; beide schließen einander eigentlich aus. Wir müssen deshalb trachten, die persönlichen Erwerbsinteressen, die darauf hinausgehen, möglichst viel zu bekommen, mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen in einen gewissen Einklang zu bringen. Heute stehen die Erwerbsinteressen ausgesprochen im Vordergrund. Es herrscht eine tolle Jagd nach Reichtum und Besitz und diese tolle Jagd hat uns mit dorthin geführt, wo wir heute stehen und wo wir kaum mehr eine Rettung finden können. Die Erwerbspolitik, die zu einer verhängnisvollen Vernachlässigung der volkswirtschaftlichen Interessen, zu ungeheuren Preissteigerungen und ähnlichen Erscheinungen führt, muß zurückgedrängt werden und es muß ein Ausgleich gefunden werden zwischen den persönlichen Erwerbsinteressen und den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen. Die Wirtschaft hat sich mehr als bis jetzt in den Dienst der gesellschaftlichen Seite der Bedarfsdeckung zu stellen und sie muß hiervon die Kaufkraft des Einkommens heben. In dem Augenblicke, wo wir diese volkswirtschaftlichen Beobachtungen nicht verfolgen, wo wir diesen volkswirtschaftlichen Beobachtungen nicht mit ganzer Kraft nachgehen, wird jedes Finanzprogramm, und mag es noch so gut sein, wahrscheinlich nur von geringem Erfolg begleitet sein.

Nachdem, wie ich mir zu sagen erlaubte, die Kaufkraft des Einkommens aber vom Ertrag unserer Wirtschaft abhängt, so ist unbedingt eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, eine Hebung auf eine höhere Stufe, eine Steigerung des Ertrages unserer Wirtschaft notwendig. Wir müssen deshalb den Mut haben, eine großzügige Produktionspolitik zu treiben. Wir müssen viele Fehler gut machen, die in der Vorkriegszeit geschehen

find. Es gibt auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens eine große Zahl von derartigen Fehlern. Von unserem Verkehrswesen angefangen bis zu unserem Ackerbau, von unserer Industrie angefangen bis zum Handwerke, überall sind große und schwere Schäden zu finden. Wenn unsere Verkehrswege nicht ausgebaut sind, wenn unsere Wasserkräfte heute noch nicht in elektrische Energie umgewandelt sind, wenn unser Gewerbe heute nicht auf jener Stufe der Blüte steht, auf der es stehen könnte, wenn wir heute noch eine große Zahl von Hektar und Quadratkilometer Grund und Boden nicht für die Erhöhung der Produktion verwenden, wenn all das der Fall ist, so ist das ein klarer Fingerzeig, wo wir unsere ersten Kräfte anzusehen haben, um unsere Bedarfsdeckung zu erhöhen. Im Gewerbe und in der Industrie, genau so wie in der Landwirtschaft sind dringende Reformen nötig und es ist auf diesem Gebiete vom Staate nicht zu sparen. Der Staat hat hier die Mittel gut angelegt, sie werden sich verzinsen, wahrscheinlich besser verzinsen als auf anderen Gebieten. Und von dieser Seite aus ist auch der Finanzplan unserer Regierung zu betrachten. Wir müssen uns fragen, ob auf Grund unseres Finanzplanes die erwerbstätigen Betriebe unserer Volkswirtschaft noch in der Lage sein werden, zu produzieren und den Ertrag der Produktion zu steigern. Diese Frage müssen wir auftwerfen.

Der Herr Kollege Dr. Ellenbogen hat von einer anderen Seite aus eine Prüfung des Finanzprogrammes vorgenommen, ich will es von dieser Seite aus tun. Der Finanzminister muss sich fragen, ob es, wenn alle Kräfte der Finanzkunst angewendet werden, um aus Deutschösterreich möglichst viel herauszubringen, dann noch möglich ist, unsere Produktion voll und ganz aufrecht zu erhalten. Es werden ja auf Grund des Finanzprogrammes große Zumindestungen an die Produktion gestellt. Ich muss sagen, ich stimme mit der Regierung und mit unserem Finanzminister darin überein, dass die Produktion gewiss mehr Lasten tragen kann, als dies in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. In der Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus wurde die Produktion nicht zu jenen Lasten herangezogen, die dem Staat gegenüber zu bringen waren. Es mögen ja Gründe vorhanden sein, warum die Produktion damals nicht das geleistet hat, was eigentlich geleistet werden konnte. Man konnte ja im alten Staat Österreich sagen, dass schließlich und endlich die von den Deutschen geleistete Steuer eine Verwendung fand, die eben nicht im deutschen Interesse gelegen war. Heute sind die Verhältnisse anders geworden, heute zahlen wir für uns selbst, heute zahlen wir für unseren Staat, heute zahlen wir für unsere Bevölkerung und das mag der Produktion gewissermaßen das Zahlen auch erleichtern.

Für die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber auch die Erfüllung anderer Bedingungen notwendig. Wir müssen eine vernünftigere Kapitalsverwertung haben, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wenn ich früher sagte, dass unser Verkehrswesen nicht ausgebaut ist, dass unsere Wasserkräfte nicht ausgebaut sind, dass unsere Industrie vielfach rückständig ist, dass unser Gewerbe nicht so blüht, wie es blühen könnte, dass unsere Landwirtschaft nicht das leistet, was sie leisten sollte und leisten könnte, so ist das eben darauf zurückzuführen, dass unsere Kapitalsverwertung eine unrichtige gewesen ist. Sie war unrichtig und ist es heute vielleicht noch viel mehr als früher. Denn heute hat man zu all den Zwecken, die der Erhöhung unserer Produktion dienen könnten, kein Geld. Aber nicht nur das; ich erinnere nur an eine Sache, die sich im heurigen Jahre abgespielt hat. Als es sich darum handelte, die Wohn- und Siedlungsaktion durchzuführen, wurde erklärt: Unsere Geldinstitute haben für diese Zwecke kein Geld. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Weil dabei für das Geld eine so bescheidene Verzinsung heraus sieht, gibt man es lieber für Walutaspekulationen und Waren spekulationen, für Dinge, bei denen eben ein höherer Ertrag heraus sieht, als wenn das Geld für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse verwendet würde.

Mit diesen Zuständen muss natürlich aufgeräumt werden, sonst fallen die Pläne unseres Finanzministers ins Wasser. Wir haben uns daher vor einiger Zeit erlaubt, ein Gesetz auf Einsetzung einer Bankenkontrollkommission zu verlangen, welche erstens festzustellen hat, wie die Gelder von den Kreditinstituten verwendet werden, und welche zweitens auch den entsprechenden Einfluss darauf zu nehmen hat, dass für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben auch das entsprechende Kapital zur Verfügung gestellt wird. Mit einem Wort: Wir wollen auf diese Art und Weise eine vernünftige Kapitalsverwertung anstreben.

Auch auf einen anderen Zweig unserer Wirtschaft ist ein besonderes Augenmerk zu richten, nämlich auf unsere Verbrauchs politik. Wir haben durch den Krieg mehr verbraucht, als wir eigentlich zur Verfügung hatten, wir haben Raubbau an unserer Volkswirtschaft getrieben und viele Güter verloren, die ersetzt werden müssen. Deshalb ist eine erhöhte Sparsamkeit am Platze, eine Sparsamkeit, die sich aber auch in der Nachkriegszeit nicht gezeigt hat. Diese Sparsamkeit ist um so notwendiger, als sie nicht allein der Wirtschaft, sondern auch erzieherischen Zwecken dienen soll. Unsere Jugend wird nach dem Beispiel, das ihr die Alten geben, wahrscheinlich überhaupt nie mehr zur Sparsamkeit kommen. Diese Sparsamkeit ist aber nicht allein im Rahmen des Staates notwendig, sondern auch im

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2459

Rahmen der Länder, der Bezirke, ja jeder einzelnen Familie. Erst wenn die Sparsamkeit bis in die letzte Hütte gedrungen ist, wenn überall gespart wird, wo wirklich gespart werden kann, dann ist zu hoffen, daß eine Besserung unserer Verhältnisse eintritt und daß es dann auch möglich wird, die großen Pläne, die unsere Regierung gegenwärtig vor hat, zu verwirklichen.

Noch ein Wort an die Regierung selbst. In erster Linie muß im Rahmen unserer Verwaltung gespart werden; es muß deshalb eine Verwaltungsreform durchgeführt werden. Bruchstücke einer Verwaltungsreform werden ja bereits in Angriff genommen. Es handelt sich aber darum, die Verwaltungsreform wirklich großzügig durchzuführen. Unser Verwaltungsapparat entspricht eigentlich noch jenem des alten Reiches, er ist ja gegen früher wenig geändert worden, obwohl wir heute ein Staat von nicht einmal $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen geworden sind gegenüber dem früheren Großstaat Österreich-Ungarn. Wenn im Rahmen einer vernünftigen Verwaltungsreform zu sparen begonnen wird, so wird das für das Sparen auch auf anderen Gebieten beispielgebend sein. Aber heute wird in den Ländern und in den Bezirken erklärt: Ja, solange die Regierung mit einem derartigen Apparate arbeitet, solange haben auch wir keine Veranlassung, unsere bestehenden Apparate abzubauen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß vom Staate eine Menge Funktionen zu verrichten sind, die heute nicht mit den entsprechenden Kräften versorgt sind. Es muß aber weiter zugegeben werden, daß wir in unserem Staate verschiedene Betriebs- und Verwaltungszweige haben, die eine Hypertrophie an Angestellten aufweisen, und hier möchte ich einige wenige Worte zum Beamtenabbau Gesetz sagen, über das auch der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen gesprochen hat.

Wir können einen Beamtenabbau mit Erfolg nur dann durchführen, wenn wir in diesem Zusammenhange auch ein entsprechendes Pensionisten-Gesetz schaffen. Diese beiden Gesetze haben Hand in Hand zu gehen. In dem Augenblick, wo ich den Betreffenden, den ich abbauen will, von vornherein der größten Not aussetze, wird er wahrscheinlich nicht zu bewegen sein, sich aus dem Staatsdienst zu entfernen.

Es wird das aber in dem Augenblick wesentlich leichter sein, indem sich der Mann sagt, es wird mir zwar nicht gut gehen, ich werde mich kaum über Wasser halten können, ich habe aber doch wenigstens soviel zur Verfügung, daß ich halbwegs leben kann.

Eine weitere Voraussetzung für die Gesundung unserer Volkswirtschaft ist eine vernünftige Sozialpolitik und gerade auf diesem Gebiete, glaube ich, steht nicht alles so, wie es stehen sollte. Die Sozialpolitik, hohes Haus, darf uns nicht hindern, von

unserem einzigen Kapital, das uns außer Grund und Boden zur Verfügung steht, von der Arbeitskraft, ausgiebig Gebrauch zu machen. Unsere Sozialpolitik sieht heute so aus, daß ihr Endziel zu sein scheint, von dem Kapital „Arbeitskraft“ möglichst wenig Gebrauch zu machen. Und hier ist es nicht allein die sozialpolitische Gesetzgebung, sondern hier sind es auch private Organisationen, die sich kämpfhaft bestreben, die Arbeitskraft nicht über ein gewisses Maß verwenden zu lassen. Ich selbst, der ich Gelegenheit habe, unter Arbeitern zu verkehren, habe in der letzten Zeit wiederholt feststellen müssen und feststellen können, daß die Arbeiter erklären, ich will von meiner Arbeitskraft Gebrauch machen, weil ich meine Familie erhalten will, weil ich nicht haben will, daß meine Kinder hungern, und ich lasse mich nicht in dem Gebrauch meiner Arbeitskraft beschränken, solange mir nicht die Organisationen, denen ich, solange ich erwerbstätig bin, angehöre, jenes Geld zur Verfügung stellen, das ich brauche, um meine Familie erhalten zu können. Hier muß eine Revision vorgenommen werden, es muß nach den Verhältnissen, in denen wir zu leben gezwungen sind, uns endlich einmal in den Sinn kommen, von der Arbeitskraft mehr Gebrauch zu machen.

Es ist dies aber, glaube ich, nicht das einzige, was wir in Angriff nehmen müssen. Wir müssen auch durch einen Arbeitsfrieden danach trachten, unsere Produktion zu heben. Es muß wieder eine Arbeitsfreudigkeit in unseren Betrieben, in unseren Fabriken und Werkstätten herrschen, herunter bis zu jenen, wo der Meister mit einem Lehrling allein arbeitet. Heute ist zwischen diesen Kreisen eine vollständige Entfremdung eingetreten und damit jede Arbeitsfreudigkeit geschwunden. Die Entfremdung ist auf Fehler zurückzuführen, die allerdings in der Vorkriegszeit bestanden haben und vielleicht auch heute noch bestehen, auf Fehler, die bei den Unternehmern zu suchen sind, die die Arbeiter als Ware, als Werkzeug, als tote Maschine behandelt haben. Nein, so geht es nicht. Hier muß auf beiden Seiten nachgegeben werden, diese beiden feindlichen Brüder, die Unternehmer sowohl wie die Arbeiter, müssen wieder auf eine vernünftige Basis gebracht werden. Es handelt sich aber auch um das Verhältnis der Arbeiter untereinander. Es geht nicht an, daß Tage, Wochen und Monate hindurch um irgendeinen politischen Grundsatz in einem Betriebe gestritten wird, der doch nur dazu da ist, unsere Produktion zu heben; dort handelt es sich sicherlich nicht darum, die Politik zurechtzulegen und zu entscheiden, ob die eine oder die andere Auffassung die richtige sei. Das ist keine Koalitionsfreiheit mehr, für die wir und auch die Linke des Hauses Jahrzehntelang gekämpft haben, das ist nackter Koalitionszwang und gerade in einem demokratischen Staatswesen sollten wir uns hüten, Zwang auszuüben. Wir haben es

auch im Nationalrat wiederholt ausgesprochen, daß es nicht angeht, hier auf die eine oder andere Gruppe einen Zwang auszuüben, denn wir brauchen die Freiheit mehr denn je.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Herrn Finanzminister die Bitte richten, daß er bei seiner Steuergesetzgebung berücksichtigen möge, daß heute die privaten Betriebe in sozialpolitischer Beziehung vielfach Lasten tragen, die eigentlich der Staat zu tragen hätte. Darauf muß bei unserer Steuergesetzgebung Rücksicht genommen werden. Man könnte ja schließlich das ganze staatliche Defizit wenigstens mathematisch abbauen, wenn man die ganzen Staatsbetriebe in Privatbetriebe verwandelte und alle sozialpolitischen Lasten den Privatbetrieben überließe. Dann könnte ein Großteil unseres staatlichen Defizits abgebaut werden. Das wird sich aber nicht durchführen lassen, denn auch hier soll eine gewisse Gerechtigkeit herrschen. Wir dürfen unter gar keinen Umständen die sozialpolitischen Maßnahmen so weit gehen lassen, daß darunter die Produktion leidet, und hier muß ein vernünftiger Schlüssel gefunden werden.

Eine weitere Voraussetzung für die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber auch auf kulturellem Gebiete zu suchen. Auch auf kulturellem Gebiete müssen wir vorwärts schreiten, wenn unsere Wirtschaft mit mehr Erfolgen rechnen können soll, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Durch die Erziehung muß unser Volk — und hier stimme ich ganz mit den Worten überein, die heute der Finanzminister gesprochen hat — wieder Vertrauen zu sich selbst gewinnen; es muß fittlich gesehen im Wege der Erziehung, denn solange uns das Selbstvertrauen fehlt, wird alles, was wir unternehmen, um unseren Staat, um unser Wirtschaftsleben gefunden zu lassen, vergebene Liebesmüh sein. Wir haben gesehen, daß nur im eigenen Volke die Kraft liegt und daß im entscheidenden Augenblick alles andere versagt; wir haben gerade vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege sehen können, daß auf internationale Hilfe, soll sie rot oder soll sie schwarz sein, nicht zu hoffen ist. Diese internationale Hilfe hat versagt; deshalb müssen wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen und uns unserer eigenen Kraft bewußt werden. Nur wenn unser Volk zu einem national überzeugten Volk erzogen wird, ist die Möglichkeit gegeben, daß es wieder mit Mut an die Arbeit geht. Wir lehnen deshalb allen volksfremden Einfluß, namentlich den jüdischen Einfluß, nicht allein auf unser Wirtschaftsleben, sondern hauptsächlich auf das geistige Leben und in Sonderheit auf die Erziehung unseres Volkes ab. Denn wenn wir Rassenfremden unsere Erziehung überlassen, dann werden wir nie so weit kommen, daß unsere Jugend und unser Alter einsehen werden, daß im eigenen Volke die Kraft zu suchen ist. Wenn wir das Gebot der Stunde: Sparsamkeit, mehr

Sparsamkeit als jetzt, und wenn wir das weitere Gebot der Stunde: Arbeiten und mehr Arbeiten als bis jetzt, erfüllen, dann werden wir wieder vor uns selbst Achtung bekommen, wir werden aber auch vom Ausland anders gewertet werden, als es bis jetzt der Fall gewesen ist, und wir werden schließlich und endlich — was mir das wichtigste zu sein scheint — im Rahmen der ganzen deutschen Volkswirtschaft und im Rahmen der deutschen Politik jene Stellung einnehmen, die uns den Anschluß an das deutsche Mutterland erleichtert, den wir herzlichst wünschen und zu dessen Verwirklichung wir uns selbst mit Tod und Teufel verbinden wollen. Ich darf sagen, daß eine endgültige Lösung der österreichischen Finanzprobleme, eine endgültige Beseitigung des Defizits in unserer Staatswirtschaft nur dann möglich sein wird, wenn unser Budget einmal aufgehen wird in dem Budget des großen Deutschen Reiches. Wir werden zwar eine Besserung erreichen können, wenn die von mir aufgezeigten Richtlinien und noch viele andere befolgt werden, aber wir werden eine gänzliche Gesundung insolange nicht erreichen, als man uns als lebensunfähigen Staat weiterbestehen läßt. Wir werden infolgedessen im Rahmen einer Revision des Friedensvertrages unsere Lebensfähigkeit nicht nur zu suchen, sondern auch zu fordern haben. Bis dorthin, bis uns das gelungen ist, möge unsere Regierung alle jene Schritte tun, die geeignet sind, damit wir nicht mehr verkümmern als wir ohnehin schon verkümmert sind. Wir stimmen infolgedessen den großen Richtlinien der Selbsthilfe unserer Regierung voll und ganz zu. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Irša; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Irša: Hohes Haus! Die Not der Zeit, die Not unseres Volkes gebietet uns, nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik zu betreiben. Diesen Satz hat unser verehrter Parteidamm, Prälat Dr. Seipal, in einer der ersten Sitzungen der jetzigen Legislaturperiode als den Leitsatz christlichsozialer Politik in dieser schweren Zeit hingestellt. Und wer nicht durch eine rote Brille, die stark demagogisch zu sehen gewohnt ist, wer unsere Politik in der abgelaufenen Legislaturperiode unvoreingenommen und objektiv beobachtet hat, der wird zugeben müssen, daß wir diesem obersten Grundsatz, diesem Leitmotiv treu geblieben sind. Wir haben keine Sekunde gezögert, die Verantwortung, die uns unsere Wähler durch unsere Wahl am 17. Oktober auferlegt haben, auf uns zu nehmen, wir haben nicht gezögert, selbst unter schweren Opfern, die Last auf uns zu nehmen. Wir

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2461

haben auch den Mann gestellt, der, als die Not der Zeit rief, als der einzige geeignet erschien, in die traurigen finanziellen Verhältnisse Österreichs Ordnung zu bringen.

Wenn mein sehr geehrter Herr Vorredner, Dr. Ellenbogen, davon gesprochen hat, man soll im Hause eines Gehängten nicht vom Stricke sprechen, und er uns dabei Demagogie vorgeworfen und uns gesagt hat, daß wir während der ganzen Legislaturperiode für das Volk und für die Nöte des Volkes nichts getan haben, dann muß ich ihm das wohl zurückgeben und sagen: er hätte besser getan, uns nicht den Vorwurf der Demagogie zu machen, da er selbst ein krasses Beispiel dafür gegeben hat, wie gerade auf der Seite der Linken Demagogie in diesem Hause betrieben wird. Ich frage die Linken: Wer war es denn, der alle jetzt im Zuge befindlichen Aktionen vorbereitet hat, der alle im Zuge befindlichen Aktionen durchzuführen im Begriff ist? Ich frage: Von wem stammt denn der Finanzplan, auf Grund dessen jetzt die Sanierung der finanziellen Verhältnisse in Österreich durchgeführt werden soll? Der Finanzplan stammt vom Dr. Gürtler, von unserem christlich-sozialen Dr. Gürtler, meine sehr verehrten Herren auf der Linken!

Freilich, sagen Sie, dieser Finanzplan ist gestohlen, dieser Finanzplan ist eigentlich auf dem Mist der Linken gewachsen. Es ist klar, daß jeder Finanzplan, der die Sanierung eines Staates bezweckt, mag er nun von der sozialdemokratischen oder christlich-sozialen Seite kommen, eine gewisse Kongruenz aufweist. Es ist klar, daß die Einnahmen in einem solchen Staate gesteigert, daß die Ausgaben vermindert werden müssen. Das haben der sozialdemokratische und der christlich-soziale Finanzplan gewiß gemeinsam — nebst vielen anderen Grundsätzen, die eben dazu angehen sind, die Sanierung der Verhältnisse in Österreich herbeizuführen.

Ich frage die Herren auf der Linken, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, die besitzende Klasse bringt keine Opfer und sie ist nicht bereit, Opfer zu bringen, so frage ich: Haben wir nicht die Grundsteuer bewilligt, die besondere Erwerbsteuer, haben wir nicht dem Vorauszahlungsgesetz unsere Zustimmung gegeben, haben wir nicht der reiflosen Erhöhung aller Tarife zugestimmt, haben wir nicht das Börseabgabegesetz durchgeführt? Sind das keine Gesetze, die zur Sanierung unserer Verhältnisse beitragen sollen? Sind diese Gesetze von Ihnen oder von der christlich-sozialen Partei letzten Endes in diesem Hause durchgeführt worden? Wenn weiters davon gesprochen wird, daß die Demagogie auf unserer Seite zu finden ist, dann muß ich diesen Vorwurf zurückgeben. Auf der linken Seite wird miß gemacht, auf der linken Seite des

Hauses wird durch Ihr Sprachorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, jede einzelne Regierungshandlung, mag sie noch so gut sein und noch so sehr im Interesse des Gesamtvolkes liegen, so lange in Grund und Boden geredet, bis an ihr in den Augen der Wähler der Linken kein gutes Haar mehr ist.

Ich hätte nicht die Absicht gehabt, über die Ursachen der Demonstration vom 1. Dezember zu sprechen, wenn es nicht mein sehr geehrter Herr Vorredner Dr. Ellenbogen gewesen wäre, der uns sozusagen indirekt die Schuld daran in die Schuhe geschoben hat. Geben Sie doch ruhig zu: gerade Ihre „Arbeiter-Zeitung“, die an allen Aktionen der Regierung kein gutes Haar gelassen, die auch das Börseabgabegesetz, das von den besitzenden Klassen Opfer heischt, als solches in seinen Wirkungen negiert hat, gerade die „Arbeiter-Zeitung“ ist es, die das Volk dadurch entmutigt, daß sie jede Aktion der Regierung als null und nichtig hinstellt. Wenn der Herr Finanzminister Dr. Gürtler von einer Presse gesprochen hat, die sich mit dem Mißmachen beschäftigt, so kann ich die „Arbeiter-Zeitung“ von dieser Presse nicht ausnehmen. Gerade die „Arbeiter-Zeitung“ ist es, die durch ihre fortgesetzte Verhetzung, die dadurch, daß sie jede einzelne Aktion der Regierung als hinfällig hinstellt, dem Volke den Glauben an eine Wiedergeburt, den Glauben an die Möglichkeit eines Wiederaufbaues raubt. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ dem Volke diesen Glauben an einen Wiederaufbau nimmt, dann ist es nicht zu verwundern, wenn dieses Volk letzten Endes zur Verzweiflung kommt und in der Verzweiflung Dinge tut, die dem bösen Instinkt, aber keineswegs dem Gebote der Vernunft entsprechen.

Wir haben gewiß alles getan, wir haben alle Wege zu gehen versucht, um Österreich aus dieser Situation herauszuholzen. Wir bekennen uns offen und ehrlich zur Republik, wir bekennen offen, daß es unserem Herzenswunsch entspricht, dem Volke in Österreich zu helfen. Von diesem Standpunkt aus sind wir es, die dem Staate das geben, was er zu seiner Existenz braucht, von diesem Standpunkt aus bewilligen wir dem Staate selbstverständlich auch die Mittel, die er zu seiner Existenz- beziehungsweise zu seinem Wiederaufbau benötigt.

Freilich, wer das Budget auf seine Zahlen untersucht, dem wird ein gewisser Zwiespalt, ein Mißverhältnis zwischen den Zahlen, die den produktiven Kräften gewidmet sind, und jenen finden, die den unproduktiven Kräften in diesem Staate gelten. Wenn wir die Zahlen in Vergleich ziehen, so finden wir, daß die Ausgaben für die produktiven Kräfte im Budget lächerlich klein sind, während die unproduktiven Kräfte den größten Teil aller Steuergelder und aller Einkünfte des Staates verschlingen. Dieses Mißverhältnis ist ein deutlicher Hinweis auf

2462

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

die Quellen des ganzen wirtschaftlichen Glends, in dem sich Österreich befindet. Ich als Vertreter eines Wahlkreises, dessen Bevölkerung sich hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Kreisen zusammensetzt, erkläre: Wir hoffen, daß dieses Missverhältnis energisch und endgültig abgebaut wird, sobald wir diese ganze Krise überwunden haben werden; wir hoffen, daß sich nach Überwindung dieser Krise die ganze finanzielle Kraft des Staates in den Dienst der einheimischen Produktion, insbesondere der Landwirtschaft stellen wird.

Schwere Sünden hat die Vergangenheit auf sich geladen dadurch, daß sie die Landwirtschaft in Österreich so stiefmütterlich behandelte. Diese schweren Sünden haben nun im Kriege und in der Zeit nach dem Kriege ihre schweren Folgen gezeigt. Wenn wir auch einsichtig genug sind, um uns zu sagen, daß wir jetzt in der schweren Krisis keine Förderung von Seiten des Staates verlangen können, so verlangen wir doch, daß der Staat unseren Landwirten wenigstens keine Hemmnisse in den Weg legt. Ich muß aber bedauerlicherweise feststellen, daß eine Unsumme von Gesetzen und Verordnungen, daß eine Unsumme von Zwangsmassnahmen die Fortentwicklung der Landwirtschaft, eines der Haupterwerbszweige dieses Staates, hemmt. Für mich ist dabei nicht etwa der Gedanke an den Geldsack des Bauern maßgebend, sondern der Umstand, daß eben eine gesunde Landwirtschaft die Wurzel jeglicher Volkskraft ist, daß sie gleichsam eine Sparkasse bedeutet, von der in Zeiten der Not ein Volk leicht Abhebungen machen kann, daß die Landwirtschaft ein Reservoir für Industrie und Handel ist, ein Reservoir, aus dem immer wieder frische Kräfte für den materiellen und kulturellen Wiederaufbau geschöpft werden können. Ein Staat, der sich der Wichtigkeit der Landwirtschaft bewußt ist, kann nicht so handeln, wie die alte österreichische Monarchie es mit der Landwirtschaft getan hat, ein solcher Staat wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß die Landwirtschaft als seine wichtigste Quelle der Kraft, als sein wichtigstes Reservoir für den Wiederaufbau die größtmögliche Förderung von Seiten des Staates erfahren muß. Und doch war es, meine sehr geehrten Herren, gerade die Landwirtschaft, die in ganz einseitiger Weise vom Staaate durch eine Zwangswirtschaft gehemmt wurde zu einer Zeit, wo alle übrigen Erwerbszweige frei waren. Einem einzelnen Stande hat man die Kosten für eine bessere Lebensführung aller anderen Stande aufgehalst.

Da wir zugeben müssen, daß die Krise, in der sich der Staat Österreich befindet, uns die größte Sparsamkeit auferlegt, verlangen wir also, daß wir wenigstens von allen Hemmnissen befreit werden, daß alle Zwangsmassnahmen aufgehoben werden, daß man endlich mit allen Zentralstellen

und ähnlichen Gebilden aufhört, die sich heute auftun, letzten Endes mit den gleichen Zielen, die ganze Landwirtschaft auch in Zukunft auf ein zentrales Geleise zu verschieben.

Wenn wir das Verlangen nach Förderung der Landwirtschaft augenblicklich zurückstellen, so bleibt es für uns doch aufrecht. Wir fordern da hauptsächlich eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Schulen; denn soll unsere Landwirtschaft auf jene Leistungsstufe gebracht werden, die sie in der Schweiz und in Deutschland innehat, dann muß der geistige Horizont unserer Landbevölkerung erweitert und es müssen ihr die Erkenntnisse der Wissenschaft und der Technik zugänglich gemacht werden. Es wird also das landwirtschaftliche Fortbildungsschulwesen ausgebaut werden und es wird vor allem die Fachpresse eine staatliche Förderung erfahren müssen, denn die Fachpresse, sei es nun eine staatliche, sei es eine private, ist in erster Linie geeignet, Aufklärung in die breitesten Massen der Bevölkerung zu tragen.

Der Staat kann sich auch in Zukunft der Pflicht nicht entziehen, einer rationellen Viehzucht, einem rationellen Pflanzenbau und der Forstwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihnen Förderung angedeihen zu lassen. Da habe ich eine Bitte an die hohe Regierung und an das hohe Haus. Das Landeskulturförderungsgesetz, das ja in absehbarer Zeit ins Haus kommt, wirklich mit all jener Gewissenhaftigkeit zu erledigen, die der Gegenstand verdient.

Ich möchte anschließend daran gleich auf einige jener Vorwürfe zurückkommen, die immer wieder von dieser Stelle aus oder von der Presse gegen die Landwirtschaft als solche erhoben werden. Mein sehr geehrter Vorredner, Herr Dr. Ellengen, hat nicht umhin gekonnt, uns Landwirten Lieferungswilligkeit vorzuwerfen. Er hat erklärt, daß wir trotz aller Verordnungen und Gesetze unsere Kontingente nie abgeliefert haben. Ich sage dem Herrn Dr. Ellengen: Ziehen Sie eine Parallele zwischen der Arbeitseinsigkeit und dem Arbeitsfleiß, der draußen bei unserer bäuerlichen Bevölkerung seit dem ersten Tage des Krieges bis heute obwaltet hat und der Arbeitsfreudigkeit, die vielfach in Ihren Kreisen herrscht, und Sie werden wohl darauftreten, daß dieser Vergleich sehr zugunsten der Landwirte ausschlägt. Wir haben unserer Lieferungspflicht Genüge geleistet, wir haben getan, was wir tun konnten. Ich weise darauf hin, daß Oberösterreich in seiner Getreideablieferung nahezu restlos seine Kontingente abgeliefert hat, daß die Lieferungskontingente eingehalten wurden, wo es überhaupt nur ainging und wo nicht von Haus aus infolge übermäßigen Vorschreibens der Ablieferungspflicht nicht Genüge geleistet werden konnte.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921. 2463

Wenn ich weiter auf den Vorwurf der Preistreiberei und des Wuchers eingehen, der immer wieder gegen die Landwirtschaft erhoben wird, so gebe ich ruhig zu, daß es auch in unseren Reihen Leute gibt, die die Not der Zeit ausnutzend, rein auf ihren Geldsack bedacht waren. Aber wie es in einer großen Herde von Schafen immer ein geslecktes Schaf gibt, so gibt es in allen Ständen und Berufskreisen Leute, die ihrem Stande nicht zur Ehre gereichen. Man muß es aber gerade den Landwirten hoch anrechnen, daß der größte Prozentsatz von ihnen sich der Pflichten, die sie als Produzenten gegenüber den Konsumenten haben, jederzeit bewußt gewesen ist und wenn oftmals die Lieferungswilligkeit vielleicht nicht eine derart große gewesen ist, wie sie hätte sein können, so lag es daran, daß infolge der zwangsmäßigen Preisgestaltung der Landwirt nicht in der Lage war, zu jenen Preisen zu liefern, die ihm vorgeschrieben wurden.

Ich weiß, daß auch bei uns auf dem Lande draußen Demoralisation in der Bevölkerung eingerissen ist und daß auch Landwirte ihr in vielen Fällen unterlagen. Aber auch da fordere ich die Herren auf, einen kleinen Vergleich anzustellen zwischen dem Grad der Demoralisation, wie sie in der Stadt um sich gegriffen hat, und der Demoralisation, wie sie bei uns auf dem offenen Lande zu finden ist. Sie werden zugeben, daß auch in diesem Falle die Landbevölkerung sich wiederum als Quelle der Volkskraft, als Reservoir gesunder Kräfte und als widerstandsfähiger gegen alle Erkrankungen in moralischer Beziehung erweist.

Immer wieder wurde uns von dieser Stelle aus der Vorwurf gemacht, wir Landwirte seien nicht steuerfreudig, wir gäben nichts, wir wollten immer mehr, als wir gäben. Ich glaube, die geringe Steuerfreudigkeit und die etwas angekränkelte Steuermoral in Österreich ist wohl nicht eine Tatsache von heute, sondern sie ist ein altes österreichisches Übel, das seine Ursache nicht so sehr im Charakter unseres Volkes hat, sondern in dem geringen Bemühen der Finanzbehörden, die Steuermoral unserer Bevölkerung zu heben. Gerade die Finanzbehörde war es, die wenig Wert darauf gelegt hat, eine Bevölkerung zu haben, die über eine hohe Steuermoral verfügt. Und wenn Sie letzten Grundes um die Ursache fragen, weshalb die Landbevölkerung eine so geringe Steuerfreudigkeit tatsächlich an den Tag legt, so lautet die Antwort sehr einfach: Der Bauer, der heute seine Groschen auf das Steueramt trägt, fragt sich, ob diese Steuergelder, die er sich im Schweife seines Angesichtes verdient hat, auch zweckmäßig und sparsam verwendet werden. Und da er den Eindruck hat, daß dies nicht geschieht, sondern daß er die Steuergelder vielfach in ein Faß hineinwirft, das keinen Boden hat, so erklärt sich daraus die geringe Steuer-

freudigkeit unserer Landbevölkerung. Der Zweifel an der sparsamen und zweckmäßigen Verwendung ist es in erster Linie, der die Leute so schwer zum Steueramt gehen läßt. Auch fragt es sich, ob die dem Volke auferlegten Steuern gerecht sind. Nur dann, wenn jeder einzelne Steuerträger die Empfindung hat, daß er mit einer gerechten Steuer belegt ist, die seinen wirtschaftlichen Fortbestand nicht gefährdet, zeigt er naturgemäß eine größere Bereitwilligkeit, die Steuer auch tatsächlich zu leisten. Wir Landwirte haben nicht eine Sekunde gezögert, dem Finanzminister, als er mit der Grundsteuer und allen anderen Steuernforderungen an uns herangetreten ist, diese Steuern zu bewilligen, weil wir uns dessen bewußt sind, daß dieser Staat, wenn er bestehen soll, Opfer und schwere Opfer von uns verlangen muß. Seien Sie überzeugt, daß gerade der Bauer diese Opfer zu bringen versteht. (Zustimmung.) Freilich verlangt er, daß nicht er allein Opfer für den Staat bringt, sondern daß alle Stände gleichmäßig zur Steuerleistung herangezogen werden, daß alle Stände gleichmäßig ihr Scherlein auf den Altar des Vaterlandes zum Wiederaufbau Österreichs niederlegen. Sehen Sie, meine sehr verehrten Herren von der Linken, Sie haben der Monarchie keine Steuern bewilligt, Sie haben sie, wie Sie gesagt haben, aus prinzipiellen Gründen nicht bewilligt. Aber auch in dieser Republik, die doch eigentlich Ihr Kind ist, geben Sie dem Staate nicht, was des Staates ist, sondern überlassen es den bürgerlichen Kreisen, für diesen Staat zu sorgen und durch ihre Steuern den Fortbestand dieser Republik zu sichern. Sie erklären zwar täglich, sei es in der „Arbeiter-Zeitung“, sei es in Ihren Versammlungen, Sie seien jeden Tag bereit, für die Republik zu sterben, aber wo es sich darum dreht, dieser Republik auch das Geld zu geben, daß sie so notwendig zum Leben braucht, dort wollen Sie von Opfern nichts wissen, sondern überlassen die Opfer den Bürgerlichen, die angeblich nie zu haben sind, wenn es sich um Opfer für den Staat handelt. Nicht einmal zu dem ganz geringfügigen Opfer für den Staat sind Sie bereit, mit dem System der Freikarten zu brechen, die doch ganz bestimmt im Staate einen derartigen Missstand bedeuten, daß jeder einzelne Staatsbürger sich darüber an den Kopf greift.

Ein weiterer Vorwurf, der uns immer wieder gemacht wird, ist der, daß wir Bauern eigentlich keine Republikaner seien. Da sage ich Ihnen, meine sehr verehrten Herren von der Linken, folgendes: Der Bauer wählt vorsichtig ab, prüft gewissenhaft, wenn irgendeine Neuerung an ihn herantritt. Die Vergangenheit hat ihn gelehrt, vorsichtig zu sein, denn die Vergangenheit hat sich oft mit Bauernfängerei an ihn herangemacht und ihn schwer hineingelegt. Sie dürfen es dem Bauer nicht verargen,

2464

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

wenn er auch dieser Republik als etwas Neuem, was über Nacht gekommen ist, mit einem Misstrauen gegenübersteht. Aber seien Sie überzeugt: wenn diese Prüfung durch den Bauer nach seiner vorsichtigen Abwägung aller Umstände positiv aussfällt, das heißt, wenn ihm zum Bewußtsein gekommen ist, daß diese Republik etwas ist, was mit seinen Interessen sich vereinbaren läßt, dann wird er diese Republik auch achten, schätzen und lieben, und dann sage ich Ihnen, meine sehr verehrten Herren von der Linken, bin ich überzeugt, daß der Bauer die beste Stütze der Republik sein wird, vielleicht eine bessere als jene Massen, die Ihnen heute noch als die alleinigen Verteidiger des republikanischen Staatsgedanken erscheinen, die aber, weil sie den Tagesstimmungen und plötzlichen Einflüssen viel mehr überantwortet sind, als es der Bauer ist, vielleicht nicht zu jenen beständigen Stützen der Republik sich entwickeln, wie es gerade bei dem Bauer der Fall ist, der, wenn er eine Sache als gut und als recht erkannt hat, an dieser Sache auch festhält. Freilich, gerade bei den Herren auf der linken Seite ist die Möglichkeit vorhanden, dem Bauer draußen zu beweisen, daß die Republik etwas ist, was in seinem Interesse gelegen ist. Sie dürfen aber nicht hinausgehen und in die Landbevölkerung den Haß hineinragen. Sie dürfen nicht hinausgehen und versuchen, zwischen Landarbeiter und Bauer einen Keil hineinzutreiben, dort den Haß und den Klassenkampf zu predigen. (Sehr richtig!) Der Haß ist etwas, aus dem ganz positiv keine Liebe zur Republik draußen bei der Landbevölkerung sich entwickeln wird. Sie müssen bedenken, daß der Bauer gewöhnt ist, mit seinem Landarbeiter, mit den ihn gemeinsame Ziele und gemeinsame Arbeit verbinden, in einem gewissen patriarchalischen Verhältnisse zu leben. Stören Sie dieses patriarchalische Verhältnis, dann werden Sie erleben, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung vielleicht zu der Erkenntnis kommt, daß die Republik doch nicht das ist, was ihm die Grundbedingung für seine Existenz bietet, daß die Republik vielleicht doch nicht das ist, was ihm die Zukunft sichert. Dann, meine Herren, werden Sie das Gegenteil erleben, Sie werden einen ebenso hartnäckigen Bekämpfer des republikanischen Gedankens an ihm finden.

Als Vertreter des Innviertels, eines der fruchtbarsten Gebiete, die wir in Österreich haben, eines Gebietes, dessen Bewohner ihre Pflichten gegenüber dem Staate, als Nährstand vollinhaltlich und restlos erfüllt haben, möchte ich doch von dieser Stelle des hohen Hauses aus um Berücksichtigung für alle jene kulturellen Bedürfnisse bitten, welche der Landwirt hat. Ich bitte ihn nicht als einen Steuerträger dritter oder letzter Kategorie zu behandeln, sondern als einen Steuerträger, der gleiche Pflichten kennt, aber auch die gleichen

Bedürfnisse, die gleichen Rechte. Heute, wo eine hohe Regierung bedeutend weniger in Anspruch genommen ist durch die Sorge um die Eisenbahnen und um die Straßen in Bosnien, um die Kanalbauten in Galizien, heute möge eine hohe Regierung auf das näherliegende zurückgreifen und möge im Innviertel, das in allem Belangen, soweit es sich um Post, Telegraph und Eisenbahnen handelt, weit zurückgeblieben ist, die Sünden der Vergangenheit endgültig auslöschen.

Ich möchte meine Ausführungen mit einer Aufforderung an das hohe Haus und an die hohe Regierung schließen, alles zu tun, um die Landwirtschaft freizumachen von allen Hemmnissen, um der Landwirtschaft das zu geben, was sie zu ihrer Fortentwicklung braucht. Dann wird die Landwirtschaft ein Vollwerk für unser Volk sein in der schweren Zeit, die wir jetzt erleben. Lehren Sie die Bauern die Republik als etwas Gutes schätzen und lieben, entziehen Sie dem Bauer nicht mutwillig seine wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Grundfesten, dann wird er, dessen können Sie überzeugt sein, mit derselben Treue, mit derselben Zähigkeit und mit derselben Ausdauer, mit der er draußen auf allen Kriegsschauplätzen für Kaiser und Reich gekämpft hat, in Zukunft für seine Republik zu kämpfen, zu arbeiten und, wenn es notwendig sein wird, auch zu sterben wissen, zumindest genau so gut, wie ein Proletarier in der Stadt. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Schoiswohl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schoiswohl: Hohes Haus! Das uns heute vorliegende Budget ist das erste ordentliche Budget seit dem Jahre 1902, das uns zur rechten Zeit vorgelegt wurde. Traurig ist nur an diesem Budget, daß es laut Regierungsvorlage ein Defizit von 165 Milliarden aufweist. Allerdings hat das Haus eine Reihe von Steuererhöhungen sowie neuer Steuern und Gebühren erhöhung beschlossen, durch die es möglich wurde, die Ziffern des Budgets in günstiger Weise zu ändern. Wir finden so, daß sich das Defizit eigentlich nur noch auf 137,8 Milliarden beziffert und noch niedriger wird, wenn man die 100 Milliarden berücksichtigt, die in Reserve gestellt wurden, denn dann würde dasselbe eigentlich nur mehr 37,8 Milliarden betragen.

Unter den größeren Passivposten des Budgets befindet sich ein Abgang von 83,4 Milliarden für Ernährungszwecke, der im Budgetausschuß auf 41 Milliarden Kronen herabgesetzt wurde. Die staatlichen Betriebe sind der Reihe nach passiv und weisen einen Abgang von vielen Hunderten von

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2465

Millionen Kronen aus. Die Bevölkerung, die große Steuerlasten tragen soll, begreift es nicht, wieso diese staatlichen Industriewerke passiv sein können. Wenn in der letzten Zeit die Industrie, besonders die Exportindustrie, ganz bedeutende Gewinne aufweist und ihre Arbeiter gut zahlen kann — das muß zugegeben werden —, dann könnten auch diese staatlichen Industriebetriebe Exportwaren erzeugen und die gleichen Gewinne einheimsen wie die privaten Betriebe. Es ist auch eigentümlich, daß diejenigen Grundbesitzer, die heute Wald besitzen, große Gewinne erzielen, der Staat aber, der die größten Forste besitzt, einen Abgang von 225 Millionen Kronen in dieser Post aufweist. Die Regierung möge erklären, wie das eigentlich kommt. Wenn auf der einen Seite Steuern bewilligt werden sollen, so muß auf der andern Seite gespart werden. Die Betriebe müssen so geführt werden, daß sie dem Staat einen tatsächlichen Nutzen bringen, sonst gehören sie weg. Ich bin der Meinung, daß der Staat seine Betriebe unter Umständen verkaufen soll, wenn er sieht, daß sie nicht aktiv zu machen sind. Auch über die Forste könnte man da noch manches sprechen. Ich weiß nicht, ob die Anträge, die dem Staat seinerzeit unterbreitet wurden, so ohne weiteres hätten verworfen werden sollen. Wenn die geplanten Verpachtungen durchgeführt worden wären, so hätte der Staat bei den Forsten Millionen ins Aktivum und nicht ins Passivum einzufezzen gehabt.

Tief traurig ist, wenn der Staat in seinem Budget einen Schuldenstand von 6678 Milliarden ausweist, der eine Verzinsung von 790 Millionen Kronen jährlich erheischt. Der Notenlauf wird in der Regierungsvorlage mit 90'1 Milliarden ausgewiesen, beträgt aber derzeit schon mehr als 108 Milliarden. Es ist daher meine Meinung, daß wir nicht nur dem Staate neue Steuern zu bewilligen haben — der Herr Finanzminister hat ja eine Anzahl neuer solcher angekündigt, wie sind bereit, für dieselben einzutreten, weil wir wissen, daß der Staat sie unbedingt braucht, um aus dem Defizit herauszukommen —, wir verlangen aber auch auf der andern Seite, daß der Staat überall, wo es noch irgendwo möglich ist, selbst zum Sparen anfängt. Dann werden auch die Wähler draußen nicht unmutig sein, wenn sie tiefer in den Säckel greifen und zahlen müssen.

Meine Verehrten! Gestatten Sie, daß ich bei dieser Gelegenheit einige andere Angelegenheiten bespreche. Ich wollte anlässlich der Beratung der Getränkesteuern sprechen, aber man hatte mich damals ersucht, ich möge davon absehen, damit diese Steuergesetze rasch untergebracht werden können. Es haben damals anlässlich der Debatte über diese im Budgetausschüsse als auch hier im Hause, aber auch in der Presse die Sozialdemokraten einen

furchtbaren Lärm darüber geschlagen, daß die bürgerlichen Brennereien steuerfrei bleiben sollen. Es schrieb damals am 16. November d. J. die „Arbeiter-Zeitung“ — Herr Präsident gestatten, daß ich es verlese — folgendes (*liest*):

„Heute schon ist die Bauernschaft trotz guter und reichlicher Nahrung und trotz gesunder Beschäftigung in frischer Luft körperlich, geistig und moralisch in Entartung begriffen, wozu hauptsächlich der Alkohol, besonders der Hastrunk mit seiner Vergiftung der Kinder beiträgt. Die Milliardenprämie, die von den bürgerlichen Parteien für den Suff auf dem Lande ausgesetzt wird, kostet dem Staat noch viel mehr, denn die Irrenhäuser, Zuchthäuser und Spitäler sind teuer. Es ist ein verhängnisvolles Geschenk an die Landwirte und es ist ein die Städter aufreibendes Geschenk, dieses Steuerfreiheitsprivileg!“

Hohes Haus! Diese Begünstigung haben unsere Bergbauern schon seit dem Jahre 1835. Man hat seinerzeit das Bestreben gehabt, die Gräben und auch die Berglehn zu besiedeln. Man hat den Bauern Steuerbegünstigungen weitgehender Natur gegeben. Unter diesen hat sich auch der steuerfreie „Hastrunk“ laut kaiserlichen Patents vom Jahre 1835 befunden. Der Bergbauer ist unbedingt, leider Gottes — ich selbst bin Antialkoholiker, kann also nicht in den Verdacht kommen, ein Anhänger des Schnapsgenusses zu sein —, auf den Branntwein genüß angewiesen. Er hat oben auf der Berglehne kein Obst, kein Bier, keinen Wein zur Verfügung. Ja, früher war es eher noch möglich, daß er den Leuten Milch gegeben hat. Heute muß er, wenn er die Milch nicht hinunter löschen kann, weil die Milch meist in schlechtem Zustand ankommt, in die großen Industrievorte und Städte Butter liefern usw., so daß ein solcher Bauer oft nicht einmal für seinen Haushalt genügend Milch hat. Die Dienstboten erklären meist, ehe sie bei den Bauern eintraten, daß sie, wenn er ihnen keinen Schnaps als Tasse gibt, nicht dienen. Und dann wird bei dem betreffenden Bauer nur meistens das gebrannt, was auf seinem Eigentum wächst, das sind die Beeren an den Rändern seiner Felder, die ja sonst in keiner Weise irgendwie verwendet werden können. Schließlich und endlich ist ja das Quantum, das der Bauer steuerfrei zu brennen berechtigt ist, ein kleines. In Steiermark beträgt dieses Quantum 56 Liter im Jahre. Ich möchte die Sozialdemokraten fragen, ob sie wirklich im Ernst meinen, daß eine Bauernfamilie, die oft aus zwölf oder mehr Köpfen besteht, sich täglich an den 56 Litern berauschen kann, die der betreffende pro Jahr erhält. Es ist dies selbstverständlich ganz unmöglich. Wenn man prüft und ein bißchen die Sache übersieht, so findet man, daß schließlich nicht der Bauer degeneriert, die Degenerierung findet man vielmehr

2466

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

in den Städten und großen Industrieorten, dort wird mehr Schnaps konsumiert als bei den Bauern. Was soll ein Bauer, wenn er in der Früh mit seinem Knecht im Winter ins Holz fährt, als Frühstück mitnehmen? Da hat er ein Stück Käse, Speck oder Fleisch mit einem Brot und, wenn es hoch geht, ein Achtel Liter Schnaps. Damit kann er sich unmöglich berauschen. Man schimpft so sehr über den Alkohol, den die Bauern trinken; wenn aber einer der Herren, die so sehr zu schimpfen wissen, und sich auch oft schriftstellerisch nicht genugtun können im Schreiben über die Schädlichkeit des Alkohols, eine Bergtour als Naturfreund und Tourist macht, vergisst er ja nicht, einen Likör, aber ja keinen Schnaps mitzunehmen, um sich zu stärken. Was für den einen recht ist, muß für den andern billig sein. Eine so schwere Arbeit, wie sie der Bauer und sein Knecht zu leisten hat, hat nicht bald einer. Es ist daher eine Ungerechtigkeit, wenn man immer wieder den Bauern den Schnaps vorwirft, der in den Städten und Industrieorten um das Zweite, Drei- und Mehrfache mehr konsumiert wird als auf dem Lande.

Hohes Haus! Wir haben ein Wiederbesiedlungsgesetz, laut welchem viele Besitzer in den Tälern, Gräben und Höhen, die seinerzeit abgestiftet wurden, wieder besiedelt werden sollen; es zeigen sich aber bei jeder Gelegenheit Feinde derselben. Unter anderem hat man auch die Wahrnehmung gemacht, daß Vertreter von Sukzessions-, aber auch anderen Staaten bei der Regierung Schritte unternommen haben dahingehend, daß den Besitzern aus diesen Staaten bei uns die Güter zur Wiederbesiedlung nicht genommen werden dürfen. Ich habe hier den Vertrag von Saint-Germain, der im Artikel 250b folgendes sagt (*liest*): „Die Güter, Rechte oder Interessen der Staatsangehörigen der alliierten oder assoziierten Staaten sind keinerlei das Eigentumsrecht einengenden Maßnahmen zu unterwerfen, die nicht gleichermaßen auf die Güter und Rechte oder Interessen der österreichischen Staatsangehörigen Anwendung finden und im Falle, daß solche Maßnahmen getroffen werden, angemessene Entschädigungen zu zahlen.“ Fremde Vertreter drohen mit Repressalien für den Fall, als man solche Güter wieder besiedelt, ich möchte daher bei dieser Gelegenheit die Regierung fragen, ob das, was mir mitgeteilt wurde, auf Wahrheit beruht und ob tatsächlich fremde Vertreter von Staaten hier Schritte in dieser Richtung unternommen haben?

Hohes Haus! Besonders viel Klagen werden seitens der Bevölkerung über die Gebarung der Postsparkasse laut. Die Postsparkasse war seinerzeit ein Musterinstitut, wie ein zweites nirgends existierte. Seit neuerer Zeit jedoch — man kann sagen, seit ungefähr einem Jahre — mehren sich fortwährend die Klagen, daß dort sehr schlampig gearbeitet wird, daß die Kündigungen von Geldern

nicht zu rechter Zeit durchgeführt werden usw., mit einem Wort, die Klagen mehren sich in einer Weise, wie man sie früher nie hörte. Ich möchte daher die Regierung sehr gebeten haben, Schritte zu unternehmen, um diese Verhältnisse zu bessern.

Ganz das gleiche gilt für das Telephon. Allgemein hört man über die sogenannte Weiberwirtschaft bei den Telephonzentralen Klagen und es würde sehr gut sein, wenn in dieser Beziehung auch etwas vorgekehrt würde, wodurch da wieder Ordnung geschaffen würde.

Im übrigen, hohes Haus, werde ich selbstverständlich für das Budget stimmen. Ich bewundere den Optimismus des Herrn Finanzministers; ich muß offen sagen, ich war Pessimist, aber seitdem ich den Herrn Finanzminister einige Male sprechen hörte, bin ich der Meinung, es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß wir als armes, kleines Österreich denn doch mit Erfolg uns selbst helfen können, wenn wir mit vereinten Kräften die Ziele, die er verfolgt, mit verfolgen helfen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Czernin.

Abgeordneter Czernin: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat heute sehr schöne und sehr kluge Worte gesprochen. Er hat an den Patriotismus der Bürger dieses leidenden Staates appelliert und es wäre wohl schwer eine Stunde denkbar, in der ein Appell an das Zusammenhalten, an das Unterordnen der Privatinteressen unter die Staatsinteressen geeigneter wäre wie der jetzige Augenblick. Aber ich würde doch wünschen, daß der Herr Finanzminister seinen diesbezüglichen Einfluß auch in den Ländern geltend macht, denn ich muß darauf aufmerksam machen, daß wir gerade aus den Ländern Nachrichten erhalten, welche nicht den Eindruck erwecken, als ob dieselben das Länderinteresse unter das Staatsinteresse stellen wollten, und die leider in bedauerlichem Maße zunehmende Abneigung gegen Wien ist ein Moment, welches bei der ganzen kritischen Situation des heutigen Tages zweifellos eine Gefahr in sich birgt.

Und zweitens möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen — und das sage ich sehr ausdrücklich und ich bitte den Herrn Finanzminister, mir diesbezüglich sein geneigtes Ohr zu schenken — ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Vorgänge, wie die, welche am 1. Dezember stattgefunden haben, nicht geeignet scheinen, das Staatsgefühl der Bürger wesentlich zu stärken. (Abgeordneter Sever: Ihr Reden von der Teilung Österreichs war viel zweckdienlicher dazu!) Ich bitte, ich werde über dieses Thema sprechen, über das auch Ihr Herr Redner gesprochen hat, ohne

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2467

irgendein scharfes Wort zu gebrauchen; ich werde versuchen, die Sache hinzustellen, wie sie mir erscheint, ohne Sie mehr zu reizen und zu verleihen, als unbedingt notwendig ist. Ich schicke voraus, daß ich Augenzeuge verschiedener dieser Szenen war, und ich gebe Ihnen sehr gerne zu, daß ich den Eindruck habe, daß zahlreiche Arbeiter, speziell ältere Arbeiter, mit diesen Plündereungen und Verwüstungen nicht einverstanden waren. Ich habe selbst einen Fall erlebt, wo ein Arbeiter sich davor gestellt und versucht hat, die anstürmenden Elemente zurückzuschlagen, aber beiseite gestoßen wurde. Aber ich habe den Eindruck, daß Sie die Massen nicht in der Hand haben, und ich habe weiter den Eindruck, daß Sie, meine Herren von der Linken, durch gewisse Äußerungen, wonach Sie systematisch das Bürgertum mit den Schieberbanden in einen Topf werfen, Öl in das Feuer gegossen haben, und daß Sie insofern mitschuldig sind an diesen so bedauerlichen Erscheinungen. Es wird Sie wohl nicht wundern, wenn ich als Abgeordneter von Wien, Innen-Ost, mich bei diesen Demonstrationen der Bürger annehme. Unter meinen Wählern würde es keiner verstehen, wenn man über diese Phase mit Stillschweigen hinweggehen würde. Und ich ziehe hieraus eine doppelte Reflexion. Ich ziehe erstens die Reflexion, daß der vom Herrn Finanzminister und von uns allen gewünschte Patriotismus doch auf einem doppelseitigen Verhältnis besteht: Der Bürger soll sein letztes für den Staat hergeben, er soll, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, alles tragen, um in dem Staate zu leben und wenn es nötig ist, für diesen Staat zu sterben, aber er hat dafür auch das Recht, von dem Staat eine Hilfe zu verlangen, eine Hilfe gegen Plündereungen und Vergewaltigungen, wie sie vorgekommen sind. Und wenn der Staat nicht imstande ist, dem nachzukommen, dann allerdings können Sie sich nicht darüber wundern, wenn dieser Patriotismus in bedenklichem Maße abnimmt.

Was die Polizei anbelangt, so habe ich den Eindruck, daß dieselbe tatsächlich numerisch zu schwach ist. Ich habe verschiedene Fälle gesehen, wo die Polizisten einer überwältigenden Übermacht gegenüberstanden und ich halte es für eine zwingende Notwendigkeit, dieselbe in einem Maß zu vermehren, zu verstärken, daß sich Fälle ähnlicher Art nicht mehr abspielen können.

Das war die eine Reflexion, die ich ziehe. Die andere ist die, daß ich finde, daß es eine moralische Pflicht, sei es der Gemeinde, sei es des Staates ist, die Haftpflicht zu übernehmen und jenen Bürgern das, was sie bei solchen Szenen verlieren, wieder zu ersetzen. Die Nachteile dieser Vorgänge sind selbstverständlich sehr groß. Ich rede nicht nur von den materiellen Nachteilen, die jeder

kennt, ich rede auch von den moralischen Nachteilen, von diesen Gerüchten, die, noch übertrieben, im Ausland uns mehr schaden als alles andere. Speziell im jetzigen Augenblick, wo wir vor der Ödenburger Abstimmung stehen, ist es ganz klar, wie unendlich groß der Nachteil ist. Es ist selbstverständlich, daß von ungarischer Seite, wo alles benutzt wird, um uns zu schaden, diese Vorgänge übertrieben, verzerrt, entstellt in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Öffentlichkeit weiß dann wieder nicht, was sie davon glauben soll und was nicht, und den Schluß daraus kann sich jeder vorstellen.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete, der den ersten Zwischenruf gemacht hat, wird mir zugeben, daß ich mich in Besprechung dieses Themas der denkbarsten Sanftmut befleißige, denn ich kann sagen, daß, wenn ich mit meinen Wählern, die unter den Betroffenen sind, spreche, die Empörung darüber, was vorgefallen ist, stark in mir aufwallt und ich mir großen Zwang antun muß, ruhig, sachlich und friedfertig über die Angelegenheit zu sprechen.

In zweiter Linie wollte ich hier einige Worte verlieren über die äußere Politik, aber nicht über die zurzeit vielleicht aktuellste und uns am meisten interessierende Frage, die westungarische; über diese will ich heute nicht sprechen, weil ich aus verschiedenen naheliegenden Gründen der Ansicht bin, daß es nicht praktisch wäre, heute in das Detail dieser Frage einzugehen. Wir werden in einiger Zeit die Abstimmung gehabt haben und nach der Abstimmung wird der Moment gekommen sein, daß öffentlich anzuerkennen, was unserer Ansicht nach bei der Tätigkeit der Regierung anzuerkennen ist, und das zu tadeln, was uns verfehlt erscheint. Nur das eine möchte ich befügen, daß ich hoffe, daß es der Tätigkeit unseres Herrn Ministers des Äußern gelingen wird, ebenso wie mit allen anderen Nachbarn Österreichs auch mit Ungarn nach diesen langwierigen Zwischenfällen wieder gut freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Ich verlange da gar keine Bevorzugung von Ungarn. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß der Herr Minister des Äußern die gerade Linie verfolgt, mit allen Nachbarn in denkbar beste Beziehungen zu kommen.

Ich unterstütze das auf das wärmste und würde nur wünschen, daß auch alle Mittel angewendet und alle Wege eingeschlagen werden, welche nach Vereinigung der westungarischen Frage dahin führen, das alte, gute Verhältnis, welches vor dem westungarischen Zwischenfall bestand, wieder herzustellen.

Im Zusammenhang mit der Frage der äußeren Politik — ich weiß nicht, ob es technisch möglich sein wird, morgen, wo das eigentliche Budget des Äußern auf der Tagesordnung steht, darüber zu sprechen — möchte ich hier eine kurze

Anregung geben, die mir von einer gewissen Wichtigkeit erscheint. Ich habe mir bereits in der letzten Budgetdebatte darauf hinzzuweisen erlaubt, daß selbstverständlichlicherweise unsere Vertretungen im Auslande sehr mangelhaft sind, sehr mangelhaft aus rein finanziellen, materiellen Gründen. Wir haben in vielen Orten gar keine Vertretungen und wir haben dort, wo wir sie haben, einen so geringen Apparat, daß die Herren die Arbeit tatsächlich kaum bewältigen können. Dagegen gibt es kein Mittel, denn es ist ganz ausgeschlossen, die Kosten, welche durch die Valutadifferenz ins Gigantische steigen, noch zu erhöhen, noch mehr auszugeben, als ohnehin schon in das Budget eingestellt ist. Aber eine andere Möglichkeit eröffnet sich. Es bieten sich dem Ministerium des Äußern von Zeit zu Zeit Herren an, welche in der glücklichen Lage sind, ausländische Valuten zu besitzen und dieses Amt als Ehrenamt provisorisch ausüben möchten — ich sage ausdrücklich als Ehrenamt —, die nicht die Absicht haben, sich in den Status der Beamten einzuschließen; sie wollen also kostenlos und ohne jemanden anderen zu verdrängen, dieses Amt ausüben. Ich würde nun, falls — das schicke ich ausdrücklich voraus — die objektiven Voraussetzungen der sachlichen Fähigkeit bei den betreffenden Herren vorhanden sind — ich kenne einige Fälle, der Herr Bundeskanzler kennt sie auch und er hat, glaube ich, in den von mir gemeinten Fällen keine Bedenken — unter dieser Voraussetzung würde ich also raten, auf diese Anerbitten einzugehen. Es wäre unbedingt ein Vorteil für Österreich, ganz speziell in den nordischen Staaten. Wir haben in den nordischen Staaten keine oder nur sehr mangelhafte Vertretungen und die ganz eminent wichtigen Nachrichten über Russland gelangen über die nordischen Staaten nach Zentraleuropa. So war beispielsweise Ungarn — wenigstens früher, unvergleichlich besser über die russischen Verhältnisse orientiert als wir, eben auf diesem Wege. Ich würde es für wünschenswert halten, wenn wir diese Hilfe, die sich uns von selbst bietet und die, wie gesagt, uns keinen Heller kosten würde, annehmen würden.

Zusammenfassend möchte ich betrifft der äußeren Politik sagen, daß ich am allermeisten vom Herrn Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Minister des Äußeren anerkenne, daß er in seiner äußeren Politik ruhig und stetig seine Linie geht, ohne Nervosität, ohne Zuckungen und Schwankungen nach rechts oder links, ohne eine Aufmachung, die dem Staate und der ganzen Situation nicht entsprechen würde. Ruhig, einfach, bescheiden und ehrlich geht er seinen Weg und ich glaube nicht zuviel zu sagen — und sage das sehr gerne —, wenn ich behaupte, daß das Ansehen des Herrn Bundeskanzlers als Minister des Äußern in allen

den früher feindlichen Staaten und in den neutralen Staaten sehr, sehr groß ist, höher als vielleicht das jedes seiner Vorgänger, seitdem wir ein kleiner Staat geworden sind.

Wir gehen jetzt, meine Herren, sehr kritischen Tagen entgegen. Ich wiederhole: die heutigen Worte des Herrn Finanzministers waren mir aus der Seele gesprochen. Es war der richtige Appell in richtiger Zeit; denn der Herr Finanzminister weiß gewiß besser wie jeder von uns, daß wir jetzt einem Experiment entgegengehen, das von ganz kolossaler Tragweite ist, das ich ein Experiment auf Leben und Tod nennen möchte. Ich meine das Experiment des 1. Jänner. Und dennoch schicke ich sofort voraus, daß ich es billige, daß der Herr Finanzminister zu dieser Tat schreitet, die ich für absolut notwendig halte, und daß ich diese Tat deshalb billige, weil ich finde, daß man das absolut Notwendige machen muß, und daß ich keinen anderen Ausweg sehe, als diesen Abbau der Lebensmittel. Aber zwischen dem radikalen Abbau der Lebensmittel und der naturgemäß dadurch hervorgerufenen ganz phantastischen Teuerungswelle und der Möglichkeit eines etwas langsameren Abbaues liegt doch eine ziemlich große Spannung, und über diese möchte ich ein kurzes Wort versieren.

Meine unmaßgebliche Meinung ist, daß der Herr Finanzminister mit diesem radikalen Experiment völlig im Recht ist, wenn ungefähr gleichzeitig die uns längst versprochenen Kredite wirklich kommen. Wenn die Kredite einige Tage darauf nicht nur zum soundsovielen Male wieder versprochen werden, sondern wirklich eintreffen, dann werden wir das Experiment trotz seiner kolossal Härte überdauern, dann wird die Bevölkerung diese furchtbare Belastungsprobe aushalten. Ob die Kredite für diese Zeit bestimmt erwartet werden können, weiß ich nicht, das weiß, wie ich hoffe, die Regierung. Wie ich höre, ist Herr Dr. Rosenberg in London, und ich hoffe, er bringt positive Zusagen mit. Vielleicht hat er sie schon, ich weiß es nicht. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung muß, und darauf möchte ich allen Nachdruck legen, ein unzerreihsbares Junktum zwischen diesem tief einschneidenden Experiment und dem sofortigen Eintreffen der Kredite gezogen werden. Wenn aber, was ich nicht hoffen will, das demnächstige Eintreffen der Kredite nicht sicher wäre, dann allerdings frage ich mich, ob nicht gewisse Teile jenes Programms, das die Herren von der linken Seite ausgearbeitet haben, immer noch besser wären als dieses Experiment ohne die Sicherung der Kredite. Ich bin mir vollständig klar über die großen Nachteile, welche das Ergreifen der Devisen und Valuten und das Ergreifen der Gratisaktien hat. Dieses ist meiner Ansicht nach ja doch nichts anderes als eine Verwässerung des Volksvermögens, wobei ein Teil des Volksvermögens

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

2469

für die momentanen Bedürfnisse ausgegeben wird. Und was die Valuten und Devisen anbelangt, so dienen sie doch zum Teil dem ehrlichen Erwerb im Handel, dem man sie schwer wird wegnehmen können, ohne die Volkswirtschaft stark zu schädigen. Was aber den anderen Teil betrifft — nun, wenn das Ministerium in der Lage ist, ihn zu ergreifen, so hätte ich nichts dagegen; aber diejenigen, die mit Valuten schieben und sie hamstern, die professionellen Schieber, sind klug genug, ihre Valuten im Ausland in Sicherheit gebracht zu haben, und ich fürchte, der Herr Finanzminister würde große Schwierigkeiten haben, sie zu bekommen. Diese Nachteile sehe ich also alle ein, aber ich gebe der festen Hoffnung Ausdruck, daß der Herr Finanzminister, der gewiß kein unüberlegter Mann ist, der wohl weiß, was er macht, eben weiß, was ich nicht weiß, und daß ein Funktum zwischen dieser Maßregel und den Krediten besteht, so daß die ganze Sache ein anderes Aussehen erlangt.

In der vorangegangenen Debatte sind verschiedene Herren, der erste Redner von der sozialdemokratischen Seite wie auch ein späterer Herr Redner, über den Rahmen der uns direkt und unmittelbar betreffenden Angelegenheiten hinausgegangen und haben die Washingtoner Konferenz in den Kreis ihrer Kalkulation gezogen. Wollen Sie mir gestatten, meine Herren, daß ich mit ganz wenigen Worten darauf reflektiere, eigentlich nur aus dem Grunde, weil ich darin ganz anderer Ansicht bin als Herr Dr. Ellenbogen. Herr Dr. Ellenbogen hat entwickelt, daß er von diesem ganzen Abrüstungsabkommen gar nichts hält. Darin bin ich völlig seiner Ansicht. Ich bin fest überzeugt, daß keiner der dort beteiligten Staaten die Abrüstung wirklich will; alle wollen sie nicht, jeder sucht einen Vorwand, einen anderen vorzuführen und sich hinter ihm zu decken, jeder sucht einen Ausweg, und wenn auch nur ein einziger Staat nicht wollte, wäre die Abrüstung undurchführbar. Ich glaube also, daß da sehr wenig herauskommen wird.

In einer anderen Frage bin ich aber ganz anderer Ansicht, als der Herr Doktor. Der Herr Doktor hat gemeint, daß sich eine Konstellation herausbilden werde, wobei Frankreich der lachende Dritte sein wird, und hat selbstverständlich diese Eventualität für keine für uns besonders erfreuliche gehalten. Ich würde sie auch für sehr unerfreulich halten, ich komme aber zur entgegengesetzten Konklusion. Ich glaube, daß sich hinter dem, was offiziell mitgeteilt wird und in den Zeitungen steht, ganz andere Dinge abspielen. Ich glaube, daß die Entente in dem Begriffe, in dem sie zur Zeit des Krieges bestanden hat, gar nicht mehr existiert. Eine ganz neue Konstellation kommt heraus und diese Konstellation ist ein Bündnis der anglo-sächsischen Rasse. Ich glaube, daß England und

Amerika im Begriffe sind, ein enges Bündnis zu schließen, und dies hat, für uns allerdings erst in zweiter Linie, eine ganz kolossale Bedeutung. Dieses Bündnis wäre wahrscheinlich mehr oder weniger offiziell gegen Japan gerichtet. Japan ist weit, der Stillen Ozean ist weit, all das tangiert uns nicht in erster Linie, es sei denn der Umstand, daß das Bündnis eventuell einen japanisch-amerikanischen Krieg verhindern kann, der ja auch auf uns zurückwirken würde. Aber eine ganz andere Spize würde die Sache haben und diese Spize dürfte sich meiner Ansicht nach gegen Frankreich richten. Der französische Imperialismus Foch-Clemenceau-Poincaré hat in Europa die Rolle übernommen, die seinerzeit der deutsche Militarismus gespielt hat. Der französische Militarismus ist viel unerträglicher, als es der deutsche jemals gewesen ist, er ist zur Geißel von ganz Europa geworden und gegen diese Geißel beginnen sich nun alle, wenn auch heute noch etwas versteckt — auch England — aufzulehnen. Mustapha Kemal spielt heute die Rolle, die Enver Pascha für uns im Kriege gespielt hat. Konstantinopel ist eine Filiale von Angora geworden und in Angora regieren heute die Franzosen absolut.

All das beginnt die Engländer zu ermüden und ich glaube, im Gegensatz zu meinem Vorrédner, daß, wenn das englisch-amerikanische Bündnis zustande käme, dies eine Gesundung der Welt gegen den französischen Imperialismus zur Folge hätte. Für mich ist also dies die Perspektive, wenn sie auch noch in sehr ferner Zeit liegt — solche Dinge spielen sich ja nicht in Monaten ab, das kann Jahre dauern —, in dieser Perspektive erblicke ich ein gutes Vorzeichen.

Wir haben heute von Dr. Ellenbogen so manches lernen können, unter anderem das, daß angeblich wie alle mehr oder weniger Demagogie treiben, nur für Herrn Dr. Ellenbogen die Demagogie ein Buch mit sieben Siegeln ist. Nun, Herr Dr. Ellenbogen, diesen Vorwurf kann ich auf der bürgerlichen Majorität nicht sitzen lassen. Ich muß ausdrücklich konstatieren, daß ich finde, daß die bürgerliche Majorität in jeder Hinsicht in dieser Richtung weniger schuldig ist, als die Herren von der Opposition, und ich würde es viel kluger gefunden haben, dieses Thema heute nicht in die Diskussion zu werfen.

Meine Herren! Ich will Sie nicht weiter mit Details aufhalten. Ich glaube, daß konkludierend unsere Situation dahin zusammengefaßt werden kann, daß es sich für uns, genau so wie für Deutschland darum handelt, ob es uns möglich ist, noch einige Zeit — ich bitte um Vergebung für das ominöse Wort — durchzuhalten. Wir können uns in Österreich ebensowenig wie Deutschland — und unser Schicksal ist ja mit Deutschland innig verknüpft — nicht von selbst erhölen. Wenn der

Wahnjinn, der von Frankreich ausgeht und Europa überflutet, andauert, muß ganz Mitteleuropa zugrunde gehen. Ich habe soeben einige Gründe entwickelt, die mich glauben und hoffen machen, daß eine gewisse Morgendämmerung in der Vereinigung der anglo-sächsischen Rasse sich am Horizont zeigt. Unsere ganze Situation läßt sich in dem Satze zusammenfassen, daß es sich hier um ein Wettrennen handelt. Die Frage ist: kommt die Vernunft früher, die diesen Frieden revidiert, oder kommt sie so spät, daß alles zu spät ist? Ich glaube, sie kommt noch zur rechten Zeit. Sie kommt dann zur rechten Zeit, wenn es uns gelingt, uns während dieser Zeit auf den Wogen zu erhalten. In dem ziellbewußten und sehr energischen Vorgehen unserer Regierung und speziell des Herrn Finanzministers erblicke ich einen der Gründe für eine hoffnungsvolle Perspektive (Beifall), eine begründete Hoffnung, daß es uns gelingen wird, wenn auch nach manchen Mühen und nach manchem Sturm, das sichere Land zu erreichen, und damit möchte ich schließen. (Beifall.)

Präsident (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Lanner.

Abgeordneter Lanner: Hohes Haus! Ich werde mir gestatten, auf einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen zurückzukommen. Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat gesagt, daß sich die sozialdemokratische Partei schon drei Jahre lang bemüht hat, dem Abgleiten unserer Volkswirtschaft auf der schiefen Bahn Einhalt zu tun. Ich bin allerdings der Ansicht, daß die vermeintlichen Mittel, welche die sozialdemokratische Partei angewendet hat, gerade nicht geeignet waren, dieses Abgleiten auf der schiefen Bahn zu verhüten. Gänzlich ungeeignet waren für diesen Zweck all die Sozialisierungsversuche, die wir ja eine Zeitlang über uns ergehen lassen mußten; völlig ungeeignet, diesem Abgleiten Einhalt zu gebieten, war auch die gesetzliche Einführung des Achtstundentages. Die Schaffung von Gratisaktionen, die Bildung einer sozialdemokratischen Parteitruppe, das alles waren nach meiner Ansicht keine geeigneten Mittel, unserer Volkswirtschaft aufzuhelfen. Heute gestehen ja die Sozialdemokraten selbst ein, daß sie sich Illusionen hingegeben haben, daß der Ententekapitalismus fester dasteht als zuvor und daß es infolgedessen im kleinen Österreich, welches von allen umliegenden Staaten abhängig ist, nicht möglich ist, Sozialisierungen usw. durchzuführen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat auch von der Notwendigkeit einer Intensivierung der Landwirtschaft gesprochen und gesagt — was ja zutrifft —, daß in der Landwirtschaft mehr erzeugt werden könne. Allerdings bin ich in wesent-

lichen Punkten mit dem Abgeordneten Dr. Ellenbogen nicht einer Ansicht, denn wir als Landwirte müssen sagen, daß es den Bauern nur bei vollkommen freier Wirtschaft möglich sein wird, mehr zu produzieren. Es müßten alle die Hemmnisse beseitigt werden, unter welchen wir heute noch zu leiden haben. Ich erinnere daran, daß gerade in der letzten Zeit wieder die Länderabsperrungen aufgetaucht sind, und ich muß da meinem Befremden darüber Ausdruck verleihen, daß von Seiten des Ackerbau ministeriums erklärt wurde, diese Länderabsperrungen beziehungsweise Einführung des Transportsscheinzwanges, seien auf das Verlangen der Konsumenten und Produzenten in den betreffenden Ländern zurückzuführen.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß diese Länderabsperrungen nur unter dem Drucke der Konsumenten in den Ländern zustande gekommen sind, und ich bedauere außerordentlich, daß man hier diesem Drucke nachgegeben hat. Wir müssen verlangen, daß ein anderes Mal die Regierung einem derartigen Erischen, welches gegen die Interessen der Landwirtschaft gerichtet ist, keine Folge gibt.

Wir haben gesehen, daß der Bauernstand unter verschiedenen Bestimmungen und Gesetzen außerordentlich schwer zu leiden hat. Ich erwähne nur das Preistreibereigesetz, welches gerade den Bauernstand sehr hart trifft, weil es nicht so angewendet wird, wie es eigentlich volkswirtschaftlich zweckmäßig wäre. Dieses vom hohen Hause beschlossene Preistreibereigesetz hat überhaupt keine Daseinsberechtigung. Wir könnten ganz ruhig einem Abbau der Zentralstellen zustimmen, der zuerst bei diesen verschiedenen Zentralpreisprüfungskommissionen usw. anfängt.

Ich habe da zum Beispiel erst vor kurzem wieder ein großes Buch bekommen, in dem darin steht, welche Preise vor vier oder fünf Monaten aufgestellt wurden. Wenn man in dieses Buch hineinschaut, muß man als praktischer Landwirt wirklich lachen. Alle diese Dinge sind höchst überflüssig und belasten nur den Staatshaushalt.

Auch werden wir zu verschiedenen Abgaben herangezogen, von denen sehr wenig in diesem hohen Hause und besonders von der Gegenseite gesprochen wird. Ich erinnere da beispielsweise an die Valutabgabe beim Holze, die uns einen großen Teil des Verdienstes, auf den wir ein Recht haben, weg nimmt. Der Bauer bekommt vielleicht den dritten Teil des Stockzinses für sein Holz, der ihm eigentlich gebührt, und es wird für die Dauer ganz und gar unmöglich sein, daß wir uns diese Belastungen weiterhin gefallen lassen können.

Dr. Ellenbogen hat gesagt, daß wir alle über unser Einkommen leben und daß wir vom Kapital zehren. Das trifft zum Teile zu. Allerdings muß ich sagen, daß sehr viele in diesem Staat unser Staat noch immer für einen Kapitalisten

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921. 0° 2471

betrachten, und ich begrüße es außerordentlich, daß jetzt endlich einmal darangegangen wird, diese ungelunden Staatszuschüsse abzubauen. Es ist Tatsache, daß wir in diesem Staate viel zu viel Schmarotzer haben, die unser kranker Staatskörper nicht verträgt. Es muß jetzt und immer der Grundsatz gehandhabt werden, daß jeder Arbeitsfähige unbedingt produktive Arbeit leisten muß. Es ist unlängst ganz richtig gesagt worden, daß es in diesem Staate keine Minderbemittelten, sondern nur Minderarbeitsfähige geben darf, und ich hoffe, daß dieser Grundsatz auch bei der Beurteilung der Zuverkennung einer Arbeitslosenunterstützung in der Zukunft Platz greifen wird. Sehr viele Arbeitslose, die heute unterstützt werden, könnten vom Staate nutzbringend für verschiedene Arbeiten verwendet werden. Es gibt Bahnbauten, Straßenbauten, Meliorationen und wir sehen, daß heute zum Beispiel für Bahnbauten der Landwirtschaft Leute weggenommen werden. Es werden sehr viele landwirtschaftliche Arbeiter heute bei den Bahnbauten beschäftigt. Könnte man dazu nicht die Arbeitslosen aus den Städten heranziehen? Ich bin ohne weiteres dafür, daß die Familien dieser Arbeitslosen unterstützt werden. Eine Unterstützung eines arbeitsfähigen, kräftigen Menschen soll es aber nicht geben. Die Leute sollen einfach vom Staate zu einer bestimmten Arbeit verhalten werden. Es kann heute kein Mensch darauf Anspruch erheben, gerade in einem gewissen Berufe Arbeit zu erhalten. Wir müssen Verwahrung gegen alle diese Gesetze einlegen, welche die Arbeitsunlust fördern und den Arbeitseifer beeinträchtigen.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen gesagt hat, daß die bürgerlichen Parteien mit demagogischen Schlagworten arbeiten, so muß ich wohl erwähnen, daß keine Partei so viel mit demagogischen Schlagworten gearbeitet hat, wie gerade die sozialdemokratische Partei (*Sehr richtig!*), weil jetzt die Schlagworte von Sozialisierung nicht mehr ziehen, hat man ein neues zugkräftiges Schlagwort erfunden, das ist das Schlagwort von den besitzenden Klassen. Es wird gesagt, daß die besitzenden Klassen kein Verständnis dafür haben, daß wir ein Bettlerstaat geworden sind, und daß die besitzenden Klassen von diesem Staate viel mehr zu Leistungen herangezogen werden sollen. Es wäre viel besser, den Leuten zu sagen, daß uns nur eines aus diesem Elend heransbringen kann und das ist mehr Arbeit. Es war ein verderbliches Schlagwort, welches von sozialdemokratischer Seite angewendet wurde, indem man den Leuten gesagt hat, es ist möglich, bei kurzer Arbeitszeit mehr zu verdienen. Gerade dieses Schlagwort hat uns viel Unheil gebracht. Die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages hat eine noch nie dagewesene Landflucht zur Folge gehabt, und wir sehen, daß trotz der Not in den Städten das Land zunehmend entvölkert wird, weil eben die

Leute diesem Schlagworte nachgegangen sind und heute noch nachgehen.

Wenn behauptet wird, daß die Landwirte das Kontingent nicht ablefern und daß sich die Kaufleute auch durch das Preistreibereigesez nicht haben davon abhalten lassen, viel zu verdienen, dann muß ich wohl sagen, daß das die ungerechtfertigste Beschuldigung ist, die man sich überhaupt nur denken kann. Wenn alle so gearbeitet hätten, wie die Bauern und die Gewerbetreibenden, dann würde es um unser Staatswesen viel besser stehen.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen gesagt hat, daß das Verhalten der bürgerlichen Klassen den Volkszorn am 1. Dezember hervorgerufen hat, so kann ich dieser Ansicht wohl nicht beipflichten, denn gerade unter diesen bürgerlichen Klassen, die da immer herangezogen werden, sind viele Leute, die weit mehr unter der heutigen Not leiden als zum Beispiel die industrielle Arbeiterschaft, die damals zu dieser großen Demonstration herangezogen wurde. Es ist Tatsache, daß die Schuld an diesen bedauerlichen Vorfällen in erster Linie die sozialdemokratische Partei trifft, die in dieser ernsten Zeit derartige Demonstrationen veranstaltet und schließlich ihrer Leute nicht Herr werden kann. Man hat bei diesen bedauerlichen Vorfällen gesehen, daß gerade diejenigen, denen diese Demonstration gegolten hat, nicht getroffen wurden. All die Spekulanten, Schieber und Prasser sind heil hervorgegangen, es ist ihnen nichts geschehen. Die Opfer waren unschuldige Gewerbetreibende, die stets das Ihrige für diesen Staat beigetragen haben.

Der Abbau der Lebensmittelzuschüsse wird heute mit einem Schlag erfolgen, obwohl dadurch verschiedene Gefahren heraufbeschworen werden. Da muß ich auch wieder sagen, daß gerade die sozialdemokratische Partei daran Schuld ist, daß dieser Abbau nicht früher eingesetzt hat und nicht allmählich durchgeführt werden konnte. Erinnern wir uns daran, welch großes Geschrei immer erhoben wurde und wie die bürgerliche Regierung in allen sozialdemokratischen Zeitungen dafür verantwortlich gemacht wurde, wenn der Laib Brot oder das Kilo Mehl um einige Kronen teurer wurden. Wenn dieser Abbau früher eingesetzt hätte, dann würden wir heute nicht vor der Tatsache stehen, daß dies mit einem Schlag zu geschehen hat, was allerdings nach unserer Ansicht unbedingt geschehen muß. Es gibt heute nichts anderes. Es ist höchste Zeit, daß endlich einmal diese Subventionswirtschaft beseitigt wird, die zum großen Teil an dem Elend unserer Staatsfinanzen schuld ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Ellenbogen gesagt hat, daß der Abbau der Beamten und der Angestellten durchgeführt werden kann, und wenn er darauf verweist, daß beispielsweise Deutschland

2472

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 9. Dezember 1921.

darangegangen ist, daß Personal bei den Bahnen abzubauen, so möchte ich wohl sehr wünschen, daß dieses Beispiel Deutschlands auch bei uns Nachahmung finden möge. Denn gerade bei den Bahnen sehen wir, daß dort weit mehr Leute beschäftigt sind, als notwendig wäre.

Daß die Besitzenden zu wenig leisten, ist ein alter Schläger der Sozialdemokraten, der aber, wie wir alle wissen, nicht trifft. Es ist darauf verwiesen worden, daß die Erhöhung der Grundsteuer und der Erwerbsteuer den Beifall der Sozialdemokraten gefunden hat. Ich möchte aber erwähnen, daß gerade der Bauernstand und der Gewerbestand unter der heutigen Umlagenwirtschaft furchtbar leiden. Es gibt Gemeinden mit 9000 Prozent Gemeindeumlagen. Die dortigen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden müssen von 100 K Staatssteuern 9000 K Gemeindeumlagen zahlen, also eine geradezu unerhörte Leistung, von der die anderen Kreise nie sprechen.

Auf die Ziffern des Budgets einzugehen, hat nach meiner Ansicht deshalb keinen Wert, weil ja bei der gegenwärtigen Veränderung des Geldwertes das, was heute gilt, morgen schon nicht mehr wahr ist. Nach Ansicht der deutschen Bauernpartei kann es für uns nur eine Rettung geben: wir müssen mehr bodenständige Politik machen, und zwar, wenn es sein muß, auch im Kampfe gegen die Sozialdemokraten.

Der gesunde Sinn des Landvolkes muß in der gesamten Staatswirtschaft viel mehr zur Geltung kommen und es wird dann auch möglich sein, mit all diesen ungefundenen Auswüchsen der Großstadt aufzuräumen. Die städtischen Parteien allein sind zu schwach, sie können sich nicht durchsetzen. Es muß da, wie gesagt, das Landvolk eingreifen. Das eine ist sicher: der Achtundertag bringt uns die Rettung aus diesem Elend nicht. Nur enzige, ausdauernde Arbeit aller Kreise in diesem Staate kann unseren Staatshaushalt schön langsam wieder in Ordnung bringen. Dies ist die feste Überzeugung der deutschen Bauernpartei. Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung sich davon überzeugt hat, daß die sozialdemokratische Lehre keine Heilslehre, sondern eine

Irrlehre ist, daß überhaupt nur harte Arbeit aus diesem Elend befreien kann, dann wird die Zeit der Wiedergefundung in deutschen Landen beginnen, der unser Herzenswunsch, der Anschluß an unser großes deutsches Mutterland, folgen möge. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlußwort.

Generalberichterstatter Heiml: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem gegen meine Ausführungen eigentlich keine Einwendungen erhoben worden sind, kann ich ruhig auf das Schlußwort verzichten und stelle noch einmal den Antrag, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das hohe Haus hat beschlossen, in die Spezialdebatte einzugehen.

Ich schreite zum Schluß der Sitzung.

Die heute eingebrachte Vorlage der Bundesregierung, betreffend ein Verfassungsgesetz über die Festsetzung außerordentlicher Teuerungszuschläge für die Bundesangestellten (647 der Beilagen), werde ich, falls gegen diesen Vorgang keine Einwendung erhoben wird, sofort dem Verfassungsausschuß zuweisen. (Zustimmung.)

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Samstag, den 10. Dezember 1921, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung: Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist genehmigt und diese Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.